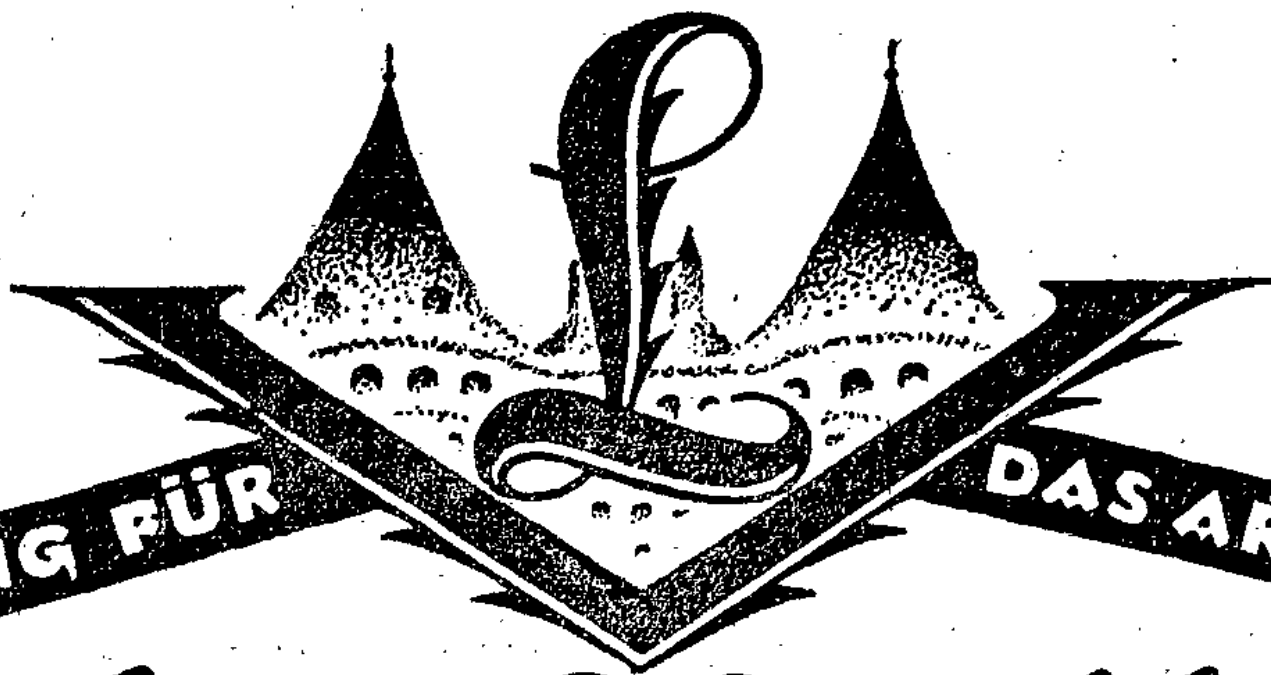


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 18 Mk., Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtzehnstündige Bestzeit oder deren Raum 4,50 Mk., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 3,50 Mark, Reklamen 20,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksbote

Nummer 108

Mittwoch, den 10. Mai 1922.

29. Jahrgang.

## Sturmzeichen.

Lübeck, 10. Mai.

Im Dortmunder Bezirk ist ein zunächst lokaler Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Die bürgerliche Presse berichtet über „Terrorakte der Streikenden“ und „kommunistische Sekverfuche“. Was diese letzteren anbelangt, so wird es damit wohl keine Richtigkeit haben. Denn es gibt ja schon lange in Deutschland kein Beispiel dafür, daß ein Feuer ausbricht, ohne daß die Kommunisten versuchten, darauf ihr Parteiflügel zu locken. Aber man täte sehr unrecht, wollte man den Streik selbst auf kommunistische Propaganda zurückführen. Gerade in dem Bezirk Dortmund haben Unabhängige und Kommunisten niemals in nennenswertem Umfang Eingang gefunden, und gerade die jetzt bestreikten Zechen haben niemals eine nennenswerte Zahl von Linkstabilen in der Belegschaft gehabt.

Die wirkliche Ursache des Streiks liegt vielmehr in der Entlassung eines Betriebsratsobmannes, die in besonders herausfordernder Form und ohne jede begründete Ursache erfolgt ist. Seit langem klagen namentlich die Bergarbeiter darüber, daß ihre tüchtigen Betriebsratsmitglieder planmäßig gekündigt und entlassen werden. Seit langem fordern weitest Arbeiterkreise einen besseren gesetzlichen Schutz ihrer Vertrauensleute gegen Maßregelung. Aber leider ist in dieser Richtung nichts geschehen, und die Unternehmer, friedvoll im Wort und herrschsüchtig in der Tat, maßregeln lustig weiter darauf los.

Es kommt sogar vor, daß diese maßregelnden Unternehmer noch die Hilfe der Behörden und Gerichte finden. Bei der Beratung des Justizetats wurde ein Fall aus dem Senftenberger Braunkohlenrevier vorgetragen, in dem die Zechen Betriebsratsvorsitzenden grundlos und widerrechtlich entlassen hatte. Auf Antrag der Zechen unterlagte das Gericht dem entlassenen Betriebsratsvorsitzenden unter Strafandrohung für jeden Fall der Zuwiderhandlung, das Betreten nicht nur der Zechenanlagen, sondern der gesamten Zechenkolonie. Was das bedeutet, kann nur der verstehen, der solche Bergmannsbedingungen kennt. Aller Grund und Boden und alle Gebäude gehören dort der Zechenverwaltung und besonders gehören ihr alle Säle und Lokale. Danach kommt ein solches gerichtliches Verbot darauf hinaus, daß einem Deutschen verboten wird, in einem bestimmten deutschen Ort überhaupt zu weilen. Bedenkt man nun, daß der also Gemäßregelte nicht nur Vorsitzender des Betriebsrates, sondern zugleich auch Vertrauensmann und Bevollmächtigter der gewerkschaftlichen Organisation gewesen ist, daß ihm also durch Entlassung und Gerichtsbeschluss jede weitere Teilnahme mit den Verbandkollegen unmöglich gemacht wird, so kann man sich leicht denken, welche Empörung ein solches Vorgehen auslöst.

Derartige Einzelfälle sind symptomatisch. Das Unternehmertum ist durch außerordentliche Gewinne übermütig geworden und nimmt auf die Arbeiterinteressen weithin überhaupt keine Rücksicht mehr.

Symptomatisch ist auch, daß jetzt zu gleicher Zeit Hauptauschuss des Reichstages und des Preussischen Landtages sich mit der schweren Lebensmittelnot der Konsumenten, insbesondere der arbeitenden Massen beschäftigen. Alle Argumente für den berühmten freien Handel haben sich als nicht-trächtiger Schwundel erwiesen. Weder versorgt der freie Handel die Bevölkerung ausreichend, noch versorgt er sie zu erträglichen Preisen, noch auch hat die Beseitigung der Zwangswirtschaft die Ernteerträge gesteigert. Der ganze Kampf gegen die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel ist ein heilloses Kugelfeldzug gewesen, der an Unehrlichkeit und Erfolg die Kriegspropaganda der Entente übertrifft hat.

Heute stehen wieder vor den Läden die Frauen und Männer des arbeitenden Volkes in langen Schlangen, stehen wieder Stundenlang an „auf Zucker“. Nur zu Wartestippen sind Zucker und Kartoffeln zu haben, und die allgemeine Preissteigerung hat sich überschlagen. Wie man für alles eine Entschuldigung hat, so auch dafür die billige Ausrede, daß die inflationäre Entwertung der deutschen Mark diese Teuerung leider unvermeidlich nach sich gezogen hätte. Gerade dieser Einwand stellt das Verbrechen der Beseitigung der Zwangswirtschaft ins hellste Licht. Hätten wir noch die öffentliche Bewirtschaftung — sie könnte natürlich auch eine Preissteigerung nicht hindern, die der Verschlechterung der deutschen Markta entspricht. Aber die Kartoffeln, die wir jetzt bekommen sollten, sind ja schon im vorigen Herbst unter ganz anderen Verhältnissen geerntet und bei einer viel günstigeren Valuta produziert. Die freie Wirtschaft — bei fortwährendem Mangel einfach Zucker — kauft darauf hinaus,

daß die Produzenten alle Folgen der Geldentwertung schon vorausgreifend auf die Konsumenten abwälzen; mit dieser Methode wird die Teuerung nicht verlangsamt, sondern schließlich über die Geldentwertung hinausgetrieben, wie das in Oesterreich längst zu beobachten ist.

Die Folge dieses Systems ist, daß die Unternehmer, Industrie und Landwirtschaft zwar nicht Gold, aber Papiergeld scheffeln und daß sich der breiten Massen wachsende Erregung oder gelinde Verzweiflung bemächtigt. Schon flackern die Streiks auf, seit Wochen in der süddeutschen Metallindustrie, jetzt im Bergbau. Die Kommunisten wittern Morgenluft. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung und die Parteiführer auf die Sturmzeichen achten!

## Die künftige Ernährungspolitik.

Berlin, 9. Mai.

Im Hauptauschuss des Reichstages wurde am Dienstag die Debatte über die Getreideumlage fortgesetzt, in deren Verlauf Reichsernährungsminister Professor Fehr ausführte, seine Einstellung zur öffentlichen Getreidewirtschaft sei infolgedessen eine grundsätzliche, als die Volksernährung unter allen Umständen gesichert und der Brotpreis erträglich gestaltet werden müsse. Der Minister widerlegte wieder einmal die Behauptungen, Hermes habe im vorigen Jahre versprochen, die Umlage werde nicht wiederkehren. Er habe eine Aufhebung des Umlageverfahrens davon abhängig gemacht, daß nicht neue schwerwiegende Umstände im Wirtschaftsbereich eintreten, die die Einfuhr des Getreides unmöglich machen. Das sei aber inzwischen eingetreten, und daher sei es nicht möglich, auf die Umlage zu verzichten. — Bei der Debatte über die Kartoffelwirtschaft wandte sich Dr. Hepp (D. Opt.) gegen Höchstpreise und Einheitspreise und trat für das System der Angemessenheitspreise ein. Die Preiserhöhungen führte er zurück auf die Geldentwertung und die Erhöhung der Preise für die landwirtschaftlichen Produktionsmittel. Allein die freie Wirtschaft garantiere die Mehrezeugung. Genossin Bohm-Schuch forderte die Sicherung der Erfüllung der abgeschlossenen Lieferungsverträge, damit nicht wieder, wie im vorigen Jahre, verladene Vertragskartoffeln an andere Stellen geliefert würden, wo man höhere Preise erzielte. Die Preise müßten unter Zugrundelegung der Friedenspreise einheitlich festgelegt werden. Wenn die Landwirtschaft die Preiserhöhung für ihre Produkte mit der Geldentwertung begründe, dann müsse sie auch die Löhne dem jetzigen Geldstande anpassen. Wenn heute für Kartoffeln 300 Mark gefordert werden, dann liegt ein Bauer bei der Landwirtschaft und beim Großhandel vor, gegen den einzuschreiten die Regierung verpflichtet ist. Minister Fehr sprach sich gegen eine Zwangsbewirtschaftung der Kartoffeln und ein Umlageverfahren aus. Die Sicherung der Versorgung müsse auf dem Wege der Lieferungsverträge erreicht werden. Für die notwendige Wagenstellung seien bereits die erforderlichen Schritte eingeleitet worden. Die Preisgestaltung am Kartoffelmarkt lasse sich noch nicht mit Sicherheit übersehen, aber es sei zu hoffen, daß man auf dem Boden der freien Vereinbarung zu Preisen in angemessenen Grenzen gelange. Bei der Besprechung der Zuckerbewirtschaftung wies Genosse Hoch auf die Riesengewinne der Zuckerraffinerien hin und sagte, daß es sich hier um ein streng monopolisiertes Gewerbe handle, das auch eine Zwangswirtschaft darstelle, die allerdings den Zweck habe, die Preise hoch zu halten und das Volk auszubeuten, um heillosen Gewinne zu erzielen. Eine deutschnationale Anfrage beantwortete Staatssekretär Henrici dahin, daß eine Zuckereinfuhr an die Entente nicht erfolgt sei. Ob eine Einfuhr von Zucker zugelassen werden könne, bilde den Gegenstand augenblicklicher Erwägungen. Abg. Japp (D. Opt.) wandte sich gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft; die nur die heutigen unzulänglichen Zustände ins Endliche verlagern würde. In der Abstimmung wurde u. a. ein Zentrumsantrag angenommen, der besagt, daß eine Getreideumlage in der bisherigen Form nicht möglich sei, da sie die notwendige Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung gefährde. Zur Sicherung der Versorgung des Volkes mit Brotgetreide müsse die rechtzeitige Beseitigung einer genügenden Brottreiber unter Verbilligung des Brotpreises für Minderbemittelte verlangt werden. Durch die Annahme dieses Antrages wurde die Resolution Schiele (D. N.) für erledigt erklärt, wonach die Sicherstellung einer öffentlichen Getreideumlage als unmöglich bezeichnet wird. Eine andere Resolution des Zentrums, die den Abschluß von Privatlieferungsverträgen in Kartoffeln zwischen Erzeuger und Verbraucher durch die Vermittlung der Reichsregierung fordert, wurde angenommen. Nach Erledigung der Generaldebatte wurde entsprechend den Beschlüssen der Spatzkommission eine erhebliche Verminderung des Personals des Ernährungsministeriums vorgenommen.

## Die Schwierigkeiten mit Rußland.

SPD. Genua, 9. Mai, 7 Uhr abends. (Drahtbericht.)

Die Ausarbeitung der russischen Antwortnote auf das Memorandum hat den ganzen Tag in Anspannung genommen, ohne daß die Antwort fertiggestellt werden konnte. Tschitscherin hatte zwischen durch Beratungen mit den verschiedenen Delegationen zu führen. Seine Mitarbeiter mußten über diverse Punkte spezielle Beratungen aufnehmen; alles Momente, die die endgültige Formulierung des Textes behinderten. Die Antwort kann daher wahrscheinlich erst am Mittwoch überreicht werden. Trotzdem werden bereits jetzt Einzelheiten über den Inhalt veröffentlicht, die von russischer Seite ausdrücklich als freie Erfindung zurückgewiesen werden.

Die allgemeine Situation, die von der englischen und italienischen Delegation immer noch ungünstig beurteilt wurde, wird von der französischen Delegation zurzeit nicht mehr so pessimistisch betrachtet, wie am Montag. Man verspricht sich von der künftigen Vermittlungstätigkeit des italienischen Außenministers Schanzer bei den Belgiern viel Erfolg, und es scheint, daß die französische Delegation, die trotz ihrer Freundschaft mit den Belgiern nicht immer der belgischen Auffassung war, das Nachsehen Jaspers als Deckung für einen neuen Rückzug benutzen will. Inzwischen erstarkt man auf französischer Seite, daß das Verzicht Rußlands auf Staatskredite und die Annahme von Krediten von westlicher Seite, die die einzelnen Regierungen in Aussicht gestellt haben, die Lage wesentlich verbessere, und so auch für Frankreich neue Verhandlungen bei einer verständigen Antwort der Russen nicht ausschließe.

## Zustimmung der Russen zum Memorandum?

Rondon, 10. Mai.

Am späten Nachmittag ließ gestern hier die Meldung ein, daß die Russen sämtliche Bestimmungen der Denkschrift mit Ausnahme der Artikel 1 und 7 (Propaganda und Eigentum) annehmen. Sie wünschen eine Berücksichtigung der letzten Bestimmungen und wollen außerdem die Bedingungslose Zustimmung einer Umlage von 200 Millionen Pfund Sterling erhalten.

Genua, 9. Mai.

Die Antwort der russischen Delegation wurde gestern dem Präsidenten der Konferenz de Facto überreicht. Der Text wird morgen veröffentlicht werden. Der Antwort ist ein von Tschitscherin unterzeichneter Brief beigegeben, der die Beschlüsse der russischen Delegation aufzeichnet und die entgegenkommende Haltung der Sowjetregierung betont. Der Brief erinnert daran, unter welchen Bedingungen Sowjetrußland die Einleitung der Konferenz angenommen habe. Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß trotz der Verpflichtung, die bei Beginn der Konferenz vereinbart wurde, nach der alle Länder in gleicher Weise behandelt werden müssen, die russische Delegation von den meisten Sitzungen der Unterkommission für die russischen Angelegenheiten ferngehalten wurde.

Das Dokument selbst bedauert, daß die Unterseite zweier Mächte fehle, die am meisten mit den Interessen Sowjetrußlands verbunden wären. Was die Propaganda in anderen Ländern betreffe, so erklärt die russische Delegation, daß diese Klausel rein politisch sei und in keinem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Abkommen stehe. Was die Schuldverpflichtungen und die russische Vorkriegsschuld anlangt, erklärt dann weiter die Note, würde Rußland seine Verpflichtungen einhalten, aber nur unter der Bedingung, daß es sofort Kredite erhalte, und zwar von Regierung zu Regierung. Diese Kredite müßten in bar geleistet werden, denn dies sei für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands unbedingt nötig.

## Die Hauptzüge der russischen Antwort.

Prag, 10. Mai.

Berichte aus Genua aus den Kreisen der kleinen Entente belagen, daß die russische Antwort die Kriegsschulden und die Vorkriegsschulden anerkennt, aber jede fremde Schuldenkontrollkommission ablehnt. In der Frage der Rückgabe des Privatigentums knüpft die russische Antwort an den Artikel des ursprünglichen englischen Memorandums an, dessen Tendenz durch das Konferenzmemorandum verhärtet worden war. Rußland sei bereit, die Rückgabe des Privateigentums nur in der Form von Gebrauchsgütern durchzuführen und lehnt insbesondere die Rückgabe des rumänischen Goldschages ab. Man vernimmt, daß die russische Antwort in vier Punkte formuliert sein wird:

- 1) Die Forderung der Sowjetregierung nach Anerkennung de jure.
- 2) Moratorium für Kriegs- und Vorkriegsschulden.
- 3) Die Höhe der sofort erreichbaren Kredite und Regelung der Konzeptionen.

## Einleiten Barthou?

Genua, 10. Mai.

Barthou hat zu verstehen gegeben, daß ihm an einem normalen Verlauf der Konferenz gelegen sei. Er beabsichtigte

nicht die Verhandlungen abbrechen, wenn die erste Antwort der Russen nicht in allen Punkten befriedigend sollte. Sollte die russische Antwort in allen Punkten unbefriedigend bleiben, so würden die Franzosen darauf bestehen, daß den Forderungen Westeuropas der Charakter eines Ultimatus gegeben werde.

## Ein deutsch-italienischer Arbeitsvertrag.

SPD. Genua, 9. Mai.

Die seit einer Woche zwischen der deutschen und italienischen Regierung geführten Verhandlungen über einen italienisch-deutschen Arbeitsvertrag sind heute zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. In diesem vorläufigen Abschluß verpflichten sich die italienische und die deutsche Regierung, ihren jeweiligen Staatsangehörigen, die sich aus Gründen der Arbeit in das andere Staatsgebiet begeben wollen, weitgehende verwaltungstechnische Erleichterungen zu gewähren. Vorgezogen ist Gleichstellung der Arbeiter beider Länder vor den Gelehrten, die die Arbeitsbedingungen behandeln und die Gesundheit und die Sicherheit der Arbeiter sicherstellen. Die Reaktionsfreiheit wird in dem Maße, wie sie die einheimischen Arbeiter genießen, für beide Teile garantiert, wie auch sonstige Rechte in sozialer Beziehung auf Gegenseitigkeit gewährt werden. Die vorläufigen Abmachungen sollen zunächst mit den Gewerkschaften in Berlin besprochen werden. Nach Abschluß dieser Verhandlungen werden neue Besprechungen beider Regierungen erfolgen, dem sich dann die Unterzeichnung des Vertrages anschließt.

## Die neue Beamtenbesoldung.

Berlin, 9. Mai. (Drahtbericht.)

Der Reichsrat erließ am Dienstag die Ergänzungssatzung mit der Neuordnung der Beamtenbesoldungen. Die Vorlage bestimmt zunächst rückwirkend, daß vom 1. bis 30. April d. J. die Teuerungszuschläge zu dem Bezüge der planmäßigen und außerplanmäßigen Reichsbeamten 60 % zu den Grundgehältern, den Dächern und Ortszuschlag betragen sollen, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10000 Mark nicht übersteigen, im übrigen 20 % und zu den Kinderzuschlägen ebenfalls 20 %. Vom 1. Mai an beträgt der Zuschlag zu dem Grundgehalt, Dächern und Ortszuschlag, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10000 Mark nicht übersteigen, 120 %, im übrigen 85 %. Die Dienstzulagen des Ministerialrats für Führung von Direktionsgeschäften und für Offiziere in gleicher Stellung beim Reichswestministerium beträgt vom 1. Mai an 16200 Mark jährlich, wovon 6500 Mark nicht pensionsfähig sind. Zusammen wird der Etat mit 15 Milliarden mehr belastet, wovon 7,5 Milliarden auf das Reichswestministerium, 4,5 Milliarden auf das Reichspostministerium und 3 Milliarden auf die allgemeine Finanzverwaltung entfallen. Der zuletzt genannte Betrag soll, wie es in der Begründung heißt, durch höhere Sicherungsträge gedeckt werden, während die Mehrausgaben der betreffenden Verwaltungen von diesen selbst aufzubringen sind, das heißt, durch neue Taxifizierungen, die für den Bereich der Postverwaltung bereits in einer dem Reichsrat zugegangenen Vorlage enthalten sind. Die Vorlage wurde unverändert angenommen.

In der Debatte machte Präsident v. Günther Ausführungen über die Belagerung des Staats. Ministerialdirektor von Schlieffen führte dagegen aus, daß es Sache der Reichsverwaltung sei, ihre Staats in Ordnung zu bringen. Ob das durch eine Erhöhung der Tarife möglich ist, aber durch Veränderung in der Organisation, muß bei der in Aussicht stehenden Vorlage erörtert werden.

Die nächste Sitzung des Reichsrats findet am Donnerstag statt.

## Um das Beamtenrecht.

SPD. Berlin, 9. Mai. (Drahtbericht.)

In der Fortsetzung der Beratung des Beamtenauswahlgesetzes im Reichsrat wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, der den Beamten das Mitbestimmungsrecht in allen Fragen des persönlichen Dienstverhältnisses sichern und ihnen ferner dieselben Rechte übertragen wollte, die den Arbeitern im Betriebsratsgesetz gegeben sind. Der § 32 wurde daraufhin in der Regierungsvorlage mit einem Zusatz des Zentrums, nach dem der Beamtenrat auch Anregungen auf Schaffung von Wohlfahrtsvereinigungen geben darf, angenommen. Alle Verbesserungsanträge der Linksparteien wurden abgelehnt. Bei der Abstimmung über § 33 fanden sich 14 Mitglieder der Linksparteien und Demokraten und 14 Mitglieder des Ausschusses von Deutschnationalen bis zum Zentrum gegenüber, so daß nicht nur alle Verbesserungsanträge der Linksparteien und Demokraten, sondern auch die Anträge der Rechtsparteien und die Regierungsvorlage selbst abgelehnt wurden. Dasselbe geschah auch beim § 34, so daß in der gegenwärtigen Fassung des Gesetzes ein Mitbestimmungsrecht der Beamten weder generell noch in einzelnen Fragen vorgesehen wird. Auch die Punkte, über die der Beamtenauswahl nach der Vorlage grundsätzlich zu hören ist, wurden gestrichen. Es soll versucht werden, durch interne Besprechungen eine Einigung über diese kritischen Punkte herbeizuführen. Der § 35, der von Hinzuziehung von Beamtenvertretern bei den Prüfungen der Beamten handelt, wurde in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Ein Verbesserungsantrag unserer Genossen wurde abgelehnt. Von den beiden zurückgestellten §§ 28 und 29 wurde der letztere wieder mit 14 gegen 14 Stimmen gestrichen, weil eine Einigung nicht zu erzielen war, dagegen wurde § 28 mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen, der besagt, daß alle zur Entscheidung der Angelegenheiten des Beamtenauswahl notwendigen Schriftstücke und Verfügungen ihm vorzulegen sind, und ihm auch Einblick in Gesetze, Verordnungen und Akten zu gewähren ist; in Personalakten allerdings nur mit Zustimmung des betreffenden Beamten.

## Pat der Parteiführer.

SPD. Berlin, 9. Mai. (Drahtbericht.)

Am Dienstag nachmittag fanden in den Räumen der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichsanwalts Bauer Besprechungen der Regierung mit den Parteiführern statt. Es wurde wieder der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe, noch der Arbeitsplan des Reichstages, noch über die Konferenz in Genoa oder die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Herms und der Reparationskommission gesprochen. Der einzige Gegenstand der Beratungen war die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Reparationskommission vom 13. April. Die Note dürfte wahrscheinlich am Donnerstag überreicht und veröffentlicht werden. Man rechnet damit, daß sich Minister Herms am Donnerstag nach Paris begibt, um mit der Reparationskommission zu verhandeln.

## Der Valutajäger Ludendorff.

In der Zeit der Markentwertung hat auch Herr Ludendorff das Mittel gefunden, seinen deutschen Stolz aller Welt aufzuzeigen. Er ist unter die Schriftsteller gegangen, die ihre Arbeit an die valuta starken Länder verkaufen. Er, der einst in amtlicher Stellung zu den gefährlichsten Englandhassen gehörte, veröffentlicht jetzt in einem Londoner Sonntagsblatt dem „Sunday Pictorial“, der zur Hochzeitspresse gehört, einen Artikel über die innere Lage Deutschlands. Selbstverständlich, daß der Kriegsverlierer die Schuld an der gegenwärtigen Not in erster Linie der Sozialdemokratie zuschreibt. Auch die Demokraten und das Zentrum erklärt Ludendorff für „vorwiegend international“. Die Merkmale der deutschen Demokratie, sagt dieser ehrenwerte Mitarbeiter, seien Korruption und Bestechung. Das Londoner Blatt kündigt weiter an, daß ein zweiter Artikel Ludendorffs am nächsten Sonntag erscheinen werde. Einem Vertreter des Blattes hat Erich Ludendorff außerdem in persönlicher Unterredung erklärt, daß Deutschland 1918 nicht gezwungen gewesen sei den Waffenstillstand anzunehmen.

Sehen wir in diesem Zusammenhange ganz davon ab, daß gerade Ludendorff es war, der in immer dringenderen Telegrammen den Abschluß des Waffenstillstandes innerhalb 24 Stunden forderte, und daß es deshalb eine besondere Unvorsichtigkeit bedeutet, wenn der Mann mit der blauen Brille jetzt den Engländern etwas anderes vorzumachen sucht. Es bleibt noch genug übrig, wenn wir die Tatsache unterstreichen, daß der deutsche General Ludendorff, obwohl er sich nicht scheut, von der deutschen Republik eine sehr anständige Pension einzustufen, es dennoch fertig bringt, in einer englischen Zeitung für englische Pfunde sein deutsches Vaterland zu beschimpfen!

## Ein ererbtes Seiden

nennt Franz Balzer in Heft 6 der „Glocke“ die im Beamtenkörper sich wieder mehr breit machende Auffassung, daß als ausschließlicher Maßstab für die Einteilung der Beamtenkategorien die Schulbildung zu gelten habe. Er weist hin auf die im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten zu Tage getretene Absicht gewisser Geheimräte, die Dreiteilung der Rängen in höhere, mittlere und untere wieder herzustellen, wobei die Anwärter mit Volksschulbildung keinesfalls über die untere Stufe hinaus gelangen sollen. Gute natürliche Anlagen und persönliche Intelligenz sollen also vor sich allein noch nicht den Aufstieg der Begabten auch im Beamtenkörper ermöglichen. Die Vertreter der Linksparteien im Reichstag werden darauf achten müssen, daß ein Rückfall in die alte Kastenscheidung von der alleinseigmachenden höheren Schule vermieden wird.

## Die Zwangsanleihe.

Berlin, 9. Mai.

Der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe ist dem Reichsrat zugegangen. Die Regierung wünscht, daß die Beratung innerhalb acht Tagen erledigt werde, damit der Reichstag noch vor dem 31. Mai sich mit der Vorlage beschäftigen kann.

## Aus Oberschlesien.

Breslau, 9. Mai.

Die polnische Autonomieverfassung für Polnisch-Oberschlesien findet jetzt Geaner im Polenlager selber, die auch in der polnischen Presse Stimmung für eine Einschränkung der Wojewodschaft Statuten für Polnisch-Oberschlesien machen. Selbst das oberchlesische polnische Hauptorgan in deutscher Sprache, die „Grenzzeitung“, muß sich gegen diese Autonomiegegner im polnischen Lager jetzt mächtig zur Wehr legen, wobei sie übrigens verrät, daß auch in Oberschlesien selbst gewisse polnische Kreise keine Freude an der Wojewodschaft-Autonomie finden, die doch nur etwa der heutigen preussischen Provinzial-Autonomie entspricht. Diese Vorgänge im polnischen Lager lassen keineswegs den Rückschluß zu, daß die Agitation für die Autonomie Deutsch-Oberschlesiens daraufhin nachlassen wird.

Breslau, 9. Mai.

Auf der Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Oberschlesien wurde mitgeteilt, daß trotz des polnischen Terrors der Deutsche Bergarbeiterverband in Oberschlesien immer noch 22000 Mitglieder zählt, von denen etwa 17000 in Polnisch-Oberschlesien verbleiben dürften. Leider betätigen sich an dem nationalen Kampf im Bergarbeiterlager die polnischen Sozialisten Oberschlesiens nicht mit besonders erhellenden Methoden. Sie fürchten der Konkurrenz der polnisch-nationalen Arbeiterpartei, die ihnen sonst ein Zusammengehen mit den deutschen Scheidemannern und den Kommunisten vorwirft.

## Der Prozeß der Sozialisten-Revolutionäre.

Zulassung ausländischer Verteidiger.

Die „rote Fahne“ macht folgende Mitteilung: Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat sich an das Justizkommissariat der Russischen Sowjetrepublik gewandt mit der Bitte um die Zulassung Vanderveldes, Paul Boncourts, Wieners, Hendegewiss, Komjiljanis, Kurt Rosenfelds, Theodor Liebknechts, Gurawitsch, Rodjalonis und Sushomlinows als Verteidiger der ER an dem Prozeß, der am 23. Mai in Moskau stattfinden wird. Das Kommissariat für Justiz hat der Bitte der Kommunistischen Internationale Folge geleistet und die Zulassung der Genannten beschlossen.

Der Beschluß des russischen Justizkommissariats ist ein teilweiser Erfolg der Berliner Konferenz. Ueber die Zulassung, auf die Verhängung von Todesurteilen zu verzichten, verläutet jedoch noch nichts.

Das kommunistische Blatt bringt diese Angelegenheit in Verbindung mit der Tatsache, daß Karl Radek die Erlaubnis, eine Agitationsreise durch Deutschland zu machen, nicht erteilt worden ist. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Radek hält sich in russisch-amerikanischer Eigenschaft in Berlin auf, um die Verbindung zwischen Moskau und der Delegation in Genoa anzuknüpfen. Ihm ist zu diesem Zweck Aufenthaltserlaubnis gewährt worden unter der Bedingung, daß er sich einer Einweisung in die deutsche innere Politik enthält. Solche Enthaltung gehört sonst zu den selbstverständlichen Gebrauchen der internationalen Diplomatie, der Prozeß mit ihm kann leicht zu Spätigkeiten der auswärtigen Politik führen.

Dennoch hätten wir gar nichts dagegen, wenn das deutsch-russische Abkommen dahin erweitert würde, daß das diploma-

tischen Vertretern beider Länder das Auftreten in öffentlichen politischen Versammlungen des anderen Landes gestattet würde, und daß den Vertretern der 2. Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft in Russland, den Vertretern der 3. Internationale in Deutschland die gleiche Freiheit gewährt würde, ihre Meinungen öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

Einstweilen ist es aber noch immer so, daß die nichtkommunistischen Sozialisten in Russland nicht ein Zehntel der Freiheit genießen, die den Kommunisten in Deutschland nach demokratischen Grundsätzen gewährt wird.

## Ein Höhepunkt deutscher Gerechtigkeit.

5 1/2 Jahre Gefängnis gegen demonstrierende Arbeiter.

In unserer Ausgabe vom Sonnabend haben wir über das unglaubliche Urteil der Magdeburger Strafkammer gegen demonstrierende Arbeiter schon kurz berichtet. Wir sind heute in der Lage einen ausführlichen Bericht über die ganzen Vorgänge zu geben.

In Hundisburg, einem Dorfe im Kreise Neuhaldensleben, wo der bekannte Agrarier v. Nathusius thront, fand am 31. August 1921 wie überall in Deutschland eine Demonstration für die Republik gegen die deutschnationalen Schädlinge statt. Anlaß dieser Demonstration war der Erzberger-Mord, der das Treiben der Deutschnationalen so plötzlich in grelle Beleuchtung gestellt hatte. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hatte zu allgemeinen Kundgebungen aufgerufen. Und die Wucht dieser Demonstration hatte Freund und Feind in Erstaunen gesetzt. Auch in Hundisburg war man diesem Rufe gefolgt und die Erbitterung der Arbeiter war um so begreiflicher, als wenige Wochen vorher aus Anlaß der Beerdigung der ehemaligen Kaiserin nicht nur das Schloß des Herrn v. Nathusius, sondern auch zahlreiche Bauerngehöfte demonstrativ die deutschnationalen Parteiflagge gezeigt hatten. Im Verlauf der Kundgebung am 31. August hatten nun einige Arbeiter aus den betreffenden Häusern die Flagge gesenkt und sie verbrannt.

Wegen dieses Vorkommnisses wurde Anzeige wegen Landfriedensbruch erstattet. Der Erste Staatsanwalt am Landgericht Magdeburg lehnte es aus rechtlichen Gründen ab, Anklage zu erheben. Auf Beschwerde aber entschied das Landgericht, daß Anklage zu erheben und danach das Verfahren zu eröffnen sei. Jetzt hat die Magdeburger Strafkammer nicht weniger als 5 1/2 Jahre Gefängnis gegen die Anhänger der Republik verhängt, die in berechtigter Erregung über die deutschnationalen Provokationen sich an der monarchistischen Parteiflagge vergriffen haben. Unter den Verurteilten befindet sich auch der allgemein geachtete Amtsvorsteher Jung, der, wie die übrigen Verurteilten, Sozialdemokrat ist und sich in dem Demonstrationszuge befunden hatte. Der Erste Staatsanwalt, der die Erhebung der Anklage abgelehnt hatte, vertritt sie jetzt selbst vor der Strafkammer und stellte Anträge auf Strafen, die im Einzelfalle auf über ein Jahr hinausgingen.

Nationalisten, die vor dem Götlicher Parteitag die roten Fahnen zerstörten, erhielten Geldstrafen von 100 bis 150 Mk. Antisemitische Badegäste und Reichswehrsoldaten, die in Borkum einem sozialdemokratischen Demonstrationszug die rote Fahne entzissen und sie vernichteten, kamen ebenfalls, nachdem der Staatsanwalt zuerst gegen den Träger der roten Fahne hatte einschreiten wollen, mit Geldstrafen bis zu 300 Mark davon.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie mit läppisch geringfügigen Strafen deutschnationalen Heldenzümlinge belegt wurden, die sich an den Farben der Republik vergriffen, dann wirkt das Magdeburger Strafmaß geradezu als eine Provokation der Landesherrschaft. Man kann juristisch fragen, ob sich die Arbeiter bewußt sein mußten, einen Landfriedensbruch zu begehen, wenn selbst der Erste Staatsanwalt der Meinung war, daß ein solcher nicht vorlag. Aber man muß auch politisch fragen, welche Absichten die „Richter der Republik“ befolgen, wenn sie solche ungeheuerlichen Urteile gegen Republikaner fällen, die ihren Anmut an den provozierenden deutschnationalen Mörderfahnen ausgelassen haben. Und weiter: Was wird getan werden, um das aufreizende Urteil von Magdeburg ungeschehen zu machen und seine Wiederholung an anderen Orten zu verhindern?

Eine Volksversammlung, die Freitag, den 5. Mai, in Herford zu den Vorgängen bei der Sedanfeier am 4. September und zu der Strafverfolgung der Gewerkschaftler Stellung nahm, war von etwa 2000 Personen besucht. Nach einem Referat des Genossen Schred wurde einstimmig folgende Entschliebung angenommen:

„Die am 5. Mai 1922 in Herford tagende, von 2000 Personen besuchte Volksversammlung bringt nach den Darlegungen des Reichstagsabgeordneten Schred unter faßlicher Würdigung aller Ursachen und Vorgänge, die mit den Ereignissen bei der „Sedanfeier“ am 4. September 1921 in Zusammenhang stehen, zum Ausdruck, daß die einseitige Strafverfolgung der Gewerkschaftler und die Art und Weise des Verfahrens gegen diese erneut beweist, wie die Republikaner sich Gefahren und Strafen aussetzen, während den Monarchisten für ihre Treibereien oft genug der Schutz der republikanischen Behörden usw. zuteil wird. Mit allem Nachdruck verlangt daher die Versammlung endlich die Einführung eines Rechtszustandes, der eine Klassenjustiz unmöglich macht.“

## Der Beginn der Oberammergauer Festspiele.

München, 9. Mai.

Heute früh sind in Oberammergau drei Münchener Sonderzüge mit Landtagsabgeordneten, Beamten der Ministerien und Vertretern der Presse zu der großen Hauptprobe der Oberammergauer Passionsspiele nach Oberammergau abgefahren. Bisher waren schon in Automobilen Ministerpräsident Graf Lerchenfeld und der Oberpräsident von Oberbayern von Raht eingetroffen. Der Beginn des Festspiels verzögerte sich, da der Sonderzug, in dem sich die Landtagsabgeordneten befanden, infolge des Ausbrüchens der Malchiner aus den Geleisen, einer längeren Aufenthalt nehmen mußte.

## Börse.

Berlin, 9. Mai.

Die Aussichten für eine Weiterführung der Konferenz in Genoa wurde heute an der Börse günstiger beurteilt. Infolgedessen trat einiges Angebot in ausländischen Zahlungsmitteln herauf. Der Dollar wurde um die Mittagsstunde etwa mit 291 bis 292 gehandelt. Am Wertpapiermarkt dauert die Stagnation an. Amlich notierten Kabel-Report 388,50, London 1282,80, Gold 11100.

# Das Internationale Arbeitsübereinkommen.

Berlin, 8. Mai 1922.

Die Ergebnisse der Internationalen Arbeitskonferenz von Washington sind in sechs Entwürfen von Übereinkommen und in sechs Vorschlägen niedergelegt. Der erste und wichtigste aller Entwürfe von Übereinkommen betreffend die Arbeitszeit stellt den Grundsatz auf, daß die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten darf. Betriebe, in denen nur Mitglieder ein und derselben Familie beschäftigt sind, sind von dieser Bestimmung ausgenommen, ebenso Personen, die mit der Aufsicht oder Leitung beauftragt sind, oder eine Vertrauensstellung bekleiden. Der Vertrag die Arbeitszeit an einem oder mehreren Tagen der Woche weniger als acht Stunden, so kann eine Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit um je eine Stunde an den übrigen Tagen der Woche gestattet werden. Bei Schichtarbeit kann die Arbeitszeit auch an einzelnen Tagen über acht Stunden und in einzelnen Wochen über 48 Stunden ausgedehnt werden. Aber dann darf die durchschnittliche Arbeitszeit, gerechnet auf einen Zeitraum von drei Wochen oder weniger, acht Stunden täglich, oder 48 Stunden in der Woche nicht überschreiten. Es gibt dann noch eine Reihe weiterer Ausnahmen für dringende Arbeiten und Unglücksfälle. Bei Arbeiten, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Fortgang mit Schichtwechsel erfordern, kann die Arbeitszeit bis 46 Stunden dauern. Weiter läßt das Übereinkommen Vereinbarungen zwischen Verbänden der Arbeiter und Unternehmer über die Arbeitszeit zu. Durch Verordnung können die Behörden für einzelne Gewerbe und Berufe dauernde Ausnahmen für Vorbereitungs- und Hilfsarbeiten vorsehen, die außerhalb der Arbeitszeit vorgenommen werden müssen. Vorübergehende Ausnahmen sind zulässig bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit. Schließlich können die Bestimmungen im Kriegsfall oder anderer Ereignisse, die die Landesicherheit gefährden, außer Kraft gesetzt werden.

In dem zweiten Entwurf eines Übereinkommens wird gesagt, daß Jugendliche unter 18 Jahren während der Nacht in öffentlichen oder privaten gewerblichen Betrieben oder deren Nebenbetrieben nicht beschäftigt werden dürfen. Aber auch hier sind eine Reihe von Ausnahmen getroffen, die sich zunächst auf die Mitglieder ein und derselben Familie beziehen, daß Jugendliche über 18 Jahre in Eisen- und Stahlwerken, in Glashütten und Papierfabriken, in Holzfabriken und bei der Reduktion des Goldes mitarbeiten, die nicht unterbrochen werden können, auch während der Nacht beschäftigt werden dürfen. Wenn es das öffentliche Interesse infolge zwingender Gründe erfordert, können diese Bestimmungen über die Nachtarbeit der Jugend aufgehoben werden.

Die deutsche Regierung ist der Verpflichtung, den zuständigen Stellen diese Übereinkommen vorzulegen, durch die Vorlage von Gesetzentwürfen zur Ratifikation dieser Übereinkommen, mit Ausnahme des über den Mutter-schaftsschutz, nachgekommen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat sich mit den Vorschlägen der Regierung einverstanden erklärt, und auch die Ratifikation des Übereinkommens betr. des Mutter-schaftsschutzes empfohlen. In der Begründung sagt die Regierung, daß für alle Arbeiter ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes die achtstündige Arbeitszeit bereits verbindlich festgesetzt ist. Der deutsche Gesetzentwurf geht noch über das Washingtoner Übereinkommen hinaus, indem er den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 12 Stunden (gegenüber 11 Stunden), den jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren sogar eine 14stündige Ruhezeit gewährt.

Die weiteren Entscheidungen liegen nunmehr beim Reichstag und Reichsrat. Kopfzerbrechen macht noch vielfach die Ratifikation mit Vorbehalten. Aber auch sie liegt absolut klar. Erstens ist es nicht statthaft, ein Übereinkommen vorbehaltlich einer Abänderung dieses oder jenes Artikels zu ratifizieren. Das Übereinkommen muß vielmehr ganz angenommen oder ganz abgelehnt werden. Zweitens liegt es im Sinne des Friedensvertrages wie der internationalen Arbeitergesetzgebung überhaupt, daß die Ratifikation, z. B. des Achtstundentages, durch Deutschland unter dem Vorbehalt getätigt werden kann, daß sie erst dann rechtswirksam werden soll, wenn auch z. B. Belgien, Frankreich und England dem Übereinkommen beigetreten sind.

Für den Fall nicht befriedigender Durchführung ratifizierter Übereinkommen ist im Friedensvertrag ein Beschwerdeverfahren vorgesehen. Erst nach erfolglosen Verhandlungen zwischen dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes und der betreffenden Regierung kommt die Streitfrage evtl. vor einen Untersuchungsausschuß, in zweiter Instanz eventuell vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof. Wenn die beschuldigte Regierung trotz aller Vorhalte die ihr gemachten Vorschläge unberücksichtigt läßt, dürfen die Mitgliedsstaaten die ihr gegenüber als zulässig erklärten wirtschaftlichen Strafmaßnahmen ergreifen. Dieser Fall wird aber wohl kaum jemals — am allerwenigsten auf Deutschland — Anwendung finden. Das Gegenteil wird leichtfertig behauptet, denn die deutsche Regierung unterhält mit der Internationalen Arbeiterorganisation die denkbar besten Beziehungen.

## Die Betriebsräte.

Das Betriebsrätegesetz beansprucht in hohem Maße die Aufmerksamkeit der Arbeiterheit. Die Eigenart dieses Gesetzes bringt es mit sich, daß unzählige Auffassungsunterschiede und Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern bestehen. Für die Arbeiterheit ist es daher notwendig, das Gesetz in allen seinen Einzelheiten in der bisher erfolgten praktischen Anwendung und Auslegung sowie in seinen Ausbaumöglichkeiten genau zu kennen. Es ist daher nötig, daß jeder Arbeiter, mindestens aber jedes Betriebsrats-Mitglied, neben dem Werk von Stalow das soeben erschienene Buch des Sekretärs der Betriebsräte-Zentrale des ADGB und des Bundes, Clemens Nörpel „Aus der Betriebsräte-Praxis“ besitzet. Dieses Buch führt in den Sinn und das Wesen des Gesetzes ein und gibt auch dem erfahrenen Betriebsrat wertvolle Aufschlüsse. Der erste Teil, der jetzt vorliegt, bringt alles, was jeder Arbeiter über die ihm aus dem Gesetz zukommenden Rechte und Pflichten wissen muß. Der demnächst erscheinende

zweite Teil wird eine Sammlung von Urteilen, Beschwerden, Entscheidungen und Schiedsprüchen enthalten, wie sie die Rechtsprechung und Auslegung des Betriebsrätegesetzes zeitigte. Zum Preise von 15 Mark ist der erste Teil des Werkes von der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68, zu beziehen.

## Ritterschaft auf Pump.

In „Johanniter-Ordensblatt“ wird das Folgende bekanntgemacht:

„Der Ritterschlag soll in diesem Jahre in althergebrachter Weise in Potsdam in der Friedenskirche am 24. Juni stattfinden.“

Vorläufige Benachrichtigung an die zum Ritterschlag einladenden Ritter ist ergangen.

Bis 15. April wollen die im Besitz von Ordensmanteilen befindlichen Johanniter-Ritter dem Ordensbureau anzeigen, ob sie gewillt sind, ihren Mantel für die Feier zur Verfügung zu stellen, sofern sie nicht einem der in diesem Jahre zu schlagenden Ritter ihren Ordensmantel schon geliehen haben.“

Die „Johanniter-Ritter“ sind eine aristokratische Gesellschaft. Was der „Ritterschlag“ zurzeit in bar kostet, ist uns unbekannt. Daß aber die Herren „von und zu“ sich für ihn die Mäntel zusammenpumpen, könnte fast Mitleid erwecken, wenn die ganze Sache etwas anderes wäre, als mittelalterlich ausgemachtes dekoratives Brimborium.

## Kindernot und Lebensmittelteuerung.

Die Aufwendungen für Kinderpeisung bedeu sich zur Hälfte aus Mitteln Deutschlands und zur Hälfte aus Mitteln der Amerikanischen Kinderhilfsmission. Für die einzelne Mahlzeit wurde in den einzelnen Speisungsorten bis zu 1 Mark Entschädigung pro Mahlzeit erhoben. Kinder, deren Eltern garnichts zahlen können, dürfen nicht von der Speisung zurückgestellt werden. Sie erhalten die Speisung dann unentgeltlich.

Den sehr Bedürftigen ist durch diese Einrichtung eine große Hilfe geboten, die sich besonders in der heutigen Zeit der Lebensmittelteuerung auswirken dürfte. Bei dem besten Willen sind heute weite Kreise der Bevölkerung nicht in der Lage, ihre Kinder so zu nähren, wie notwendig, um die Kriegsschäden verschwinden zu machen. Aus diesen Gründen ist zu wünschen, daß sich größere Kreise, so der Reichstag, die Regierungen der einzelnen Länder sowie die Gemeinden mehr mit der Notwendigkeit der Kinderpeisung beschäftigen und dafür Mittel in ihren Etat einstellen nach dem Grundsatz: „Was man für die Kinder gibt, münzt sich um in gesunde Volkskraft.“ Vor allem auch müßte diese Kinderfürsorge das Interesse der weiblichen Parlamentarier, der Stadträtinnen und weiblichen Stadtverordneten oder Gemeinderatsmitglieder in Anspruch nehmen und von ihnen gefördert werden. Wilhelmine Röhler.

## Kaiser und Reichspräsident.

### Kaiser und Reichspräsident als Faktoren der äußeren Politik des Reiches.

Haben wir gesehen, daß die ungeheuren Machtbefugnisse des Kaisers auf den bisher geschiederten Gebieten der Reichsgesetzgebung und der Reichsverwaltung wenigstens zum Teil verhüllt und mit einem demokratischen Mantelchen verdeckt waren, so tritt auf dem Gebiete der äußeren Politik die absolutistische Stellung des Kaisers nach dem Wortlaut der früheren Verfassung ganz offen zu Tage. Hier zeigt sich der fundamentale Gegensatz zwischen der früheren Stellung des Kaisers und den Machtbefugnissen des Reichspräsidenten am deutlichsten. Es lohnt sich, den diesbezüglichen Artikel der früheren Reichsverfassung hier zu zitieren:

„Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.“

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf Bundesgebiet oder besser Küsten erfolgt.

Insofern die Verträge mit fremden Staaten sich auf solche Gegenstände beziehen, welche nach Artikel 4 in den Bereich der Reichsgesetzgebung gehören, ist zu ihrem Abschluß die Zustimmung des Bundesrates und zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstages erforderlich.“

Aus diesem Artikel geht hervor, daß in Fragen, die schließlich die allerbedeutendsten für das Bestehen und Gedeihen des deutschen Volkes waren, der Kaiser ganz selbstherrlich entscheiden konnte. Hier ist die für die moderne Zeit und für ein großes und aufgeklärtes Volk ungeheuerliche Lastsache sanktioniert, daß ein Einzelner über Leben oder Untergang einer Nation bestimmen kann, daß in der Hand eines einzelnen Menschen das Leben von Millionen von Volksgenossen lag. Dieser Absolutismus in der Kräfteform wird auch durch den zweiten und dritten Abschnitt des oben zitierten Artikels nicht oder doch nur scheinbar eingeschränkt. Wenn es heißt, daß unter bestimmten Umständen zur Erklärung des Krieges die Zustimmung des Bundesrates erforderlich sei, so hat das praktisch wenig zu bedeuten, denn wir haben aus den bisherigen Betrachtungen schon mehrfach gesehen, daß der Bundesrat infolge seiner Konstruktion nur ein milljähriges Instrument der kaiserlichen Wünsche war. Ganz abgesehen davon aber brauchte ja der Bundesrat nur befragt zu werden, wenn kein Angriff auf Reichsgebiet vorlag. Wir haben aber aus dem Beginn des letzten Krieges wieder gelernt, daß in der ersten ein objektives Urteilen unmöglich ist und daß jeder Teil glaubt, der Angegriffene zu sein und sich im Rechte zu befinden. Daher war diese Einschränkung, die unter bestimmten Umständen die Zustimmung des Bundesrates zur Kriegserklärung erforderte, nur formell und tatsächlich völlig wertlos.

Nicht viel anders war es mit der im 3. Absatz des angeführten Artikels vorgesehenen Klausel, die eine Mitwirkung des Bundesrates und des Reichstages vorseht, sobald sich die abzustimmenden Verträge auf Gegenstände beziehen, die in das Gebiet der Reichsgesetzgebung fallen. Die

ganzen Machtbefugnisse des Reichstages beschränkten sich in diesem Falle auf eine Genehmigung, bezw. Ablehnung bestimmter Verträge. Im Zustandekommen war jedoch der Reichstag unbeteiligt. Er konnte entweder nur den ganzen Vertragsentwurf annehmen oder ablehnen. Der Reichstag hatte nicht das Recht, irgendwelche Änderungen an einzelnen Bestimmungen eines derartigen Vertragsentwurfes vorzunehmen. Es war also mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß der Reichstag irgendeinen Vertragsentwurf nicht scheitern lassen wollte, zumal wenn es sich beispielsweise um wichtige Handels- oder Postverträge handelte. Es war also nicht weit her mit der angeblichen Beschränkung der kaiserlichen Machtbefugnisse.

Mit diesen absolutistischen Machtbefugnissen des Staatsoberhauptes auf dem Gebiete der äußeren Politik ist nunmehr selbstverständlich ausgeräumt worden. Heute erfolgen Kriegserklärung und Friedensschluß durch Reichsgesetz, also durch alleinige Entscheidung der Volksvertretung. Der Reichspräsident hat das Recht, Bündnisse abzuschließen, sofern dadurch nicht Gegenstände der Reichsgesetzgebung berührt werden. Da der Reichspräsident aber ein Vertrauensmann des Volkes ist, ist es ausgeschlossen, daß er dieses Recht aus selbsttätigen Motiven mißbraucht, zumal er ja dadurch auch in Gefahr läuft, abgesetzt zu werden. Früher aber standen die rein dynastischen und persönlichen Interessen der Monarchen bei dem Abschluß solcher Bündnisse vielfach im Vordergrund. Auch beschränkt sich die Mitwirkung des Reichstages bei Verträgen, die die Reichsgesetzgebung berühren, nicht mehr wie früher auf Genehmigung oder Ablehnung, sondern der Reichstag, bezw. die zuständigen Ausschüsse desselben können auch beim Zustandekommen der betr. Vertragsentwürfe mitwirken.

Daß der Reichspräsident im übrigen das Reich völkerrechtlich vertritt, Gesandte beglaubigt und empfängt, ist eine formelle Funktion, die jedem Staatsoberhaupt zusteht und eine reine Repräsentationsangelegenheit ist.

Wenn wir das Ganze noch einmal überblicken, so ergeben sich aus unseren Betrachtungen folgende große Gesichtspunkte:

1. Die verfassungsmäßigen Machtbefugnisse des Kaisers waren auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung und der inneren Reichsverwaltung wohl formell beschränkt, tatsächlich aber von entscheidender Bedeutung. In der Verwaltung der äußeren Angelegenheiten des Reiches kommt die absolutistische Stellung des Kaisers ganz unverhüllt zum Ausdruck.
2. Der Reichspräsident ist nach der jetzigen Verfassung in der Reichsgesetzgebung ein bedeutungsloser Faktor. Im Bereiche der inneren Reichsverwaltung und der äußeren Politik sind die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten im Vergleich zu denen des Kaisers wesentlich eingeschränkt. Soweit ihm jedoch Rechte zutehen, bürgt seine Eigenschaft als Ermählter des Volkes dafür, daß diese nicht im volksfeindlichen Sinne angewandt werden.

## Volkswirtschaft.

### Viehmärkte.

Hamburg, 9. Mai.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtwiehmarsch, wird uns mitgeteilt:

#### Rälbermarkt.

Es wurde gezahlt für 60 Rg. Lebendgewicht: Doppellender 3000—3500 M., feinste Mastkälber 2500—2900 M., mittlere Mastkälber 2200—2800 M., geringere Rälber 1800—1900 M., nuchterne Rälber 1400—1600 M. Zufuhr: 2950 Rälber. Der Handel war rege.

#### Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 60 Rg. Lebendgewicht: Beste Fetteschweine über 250 Pfd. 3100—3800 Mk., mittelschwere Ware über 220 Pfd. 3000—3100 Mk., gute leichte Ware von 180 bis 220 Pfd. 2800—3000 Mk., geringere Ware 2500—2700 Mk., beste Sauen 2900—3000 Mk., geringere Sauen 2500—2800 Mk. Marktzufuhr: 3900 Schweine. Der Handel verlief ziemlich rege.

### Devisen-Kurse.

Berlin, 10. Mai.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		9. Mai.	8. Mai.
Amsterdam	100 fl.	11086,10	11585,55
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2374,50	2476,90
Kristiania	100 Kr.	5408,20	5642,90
Kopenhagen	100 Kr.	6122,90	6401,95
Stockholm	100 Kr.	7415,70	7715,90
Helsingfors	100 Finn. Mk.	610,20	642,15
Rom	100 Lire	1828,05	1878,—
London	1 £	1280,85	1299,30
New York	1 Doll.	268,18	297,12
Paris	100 Frs.	2624,20	2691,60
Zürich	100 Frs.	5578,—	5717,80
Madrid	100 Pesetas	4494,95	4599,20
Wien	100 K.	8,48	8,58
Budapest	100 K.	37,20	38,15
Prag	100 K.	555,90	578,75

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit, Tage	Std.
Angekommen am 9. Mai.						
2.	S.	Erlo	Raute	Stockholm	12	
		Frieda	Johannsen	Walmö	1	
2.	S.	Stralund	Neumann	Kopenhagen	1	
		Rönig	Hansen	Rolding	1	
2.	S.	Heimbühl	Arvardsen	Narbus	1	
		Karl	Jantzen	Dolbed	5	
2.	S.	Motor-Lausa	Johannsen	Narbus	2 1/2	
		Lami	Lundquist	Gessemünde	5	
Angekommen am 10. Mai.						
2.		Swanen	Steinfeldt	Gothenburg	1 1/2	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber für Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Sauer; für Partei und Gemeinwesen August Schulz; für Interieur Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrichs & Co. in Lübeck.

# Billiger Verkauf in Schuhwaren

<b>Damen-Schuhe</b> mit Knöchelspange ... <b>295<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Schnürstiefel</b> extra stark aus einem Stück, für Sport und Jagd ... <b>395<sup>00</sup></b>	<b>Damen-Schnürstiefel</b> schwarz, mit hohem Schaft ... <b>375<sup>00</sup></b>
<b>Damen-Schuhe</b> zum Schneiden schwarz, Roßchevreaux, mit Lackk. ... <b>375<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Schnürstiefel</b> schwarz Rindbox moderne, bequeme Form ... <b>485<sup>00</sup></b>	<b>Damen-Schnürstiefel</b> schwz.u.br., m.hoh.u.niedr.Abantz ... <b>495<sup>00</sup></b>
<b>Damen-Schuhe</b> zum Schneiden braun Glanzzieg. ... <b>395<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Schnürstiefel</b> braun Derby Rindbox, moderne Form ... <b>595<sup>00</sup></b>	<b>Damen-Schnürstiefel</b> schwarz, Boxkalf ... <b>525<sup>00</sup></b>
<b>Damen-Schuhe</b> mit Spange schwarz, versch. Lederarten ... <b>450<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Schnürstiefel</b> Rahmenarbeit braun Rindbox, eleganter Straßenstiefel ... <b>675<sup>00</sup></b>	<b>Damen-Schnürstiefel</b> elegante Hochschaffstiefel ... <b>550<sup>00</sup></b>
<b>Damen-Schuhe</b> zum Schneiden braun, besonders gute Qualität ... <b>490<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Schnürstiefel</b> Rahmenarbeit schwarz Boxkalf u. Chevreaux ... <b>725<sup>00</sup></b>	<b>Damen-Schnürstiefel</b> braun, Boxkalf, moderne Form ... <b>610<sup>00</sup></b>
<b>Damen-Schuhe</b> zum Schneiden u. mit Spange, schwarz und braun ... <b>590<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Schnürstiefel</b> Rahmenarbeit braun Chevreaux, eleg. leichte Qualität ... <b>750<sup>00</sup></b>	<b>Damen-Schnürstiefel</b> braun, Chevreaux, Rahmenarbeit ... <b>750<sup>00</sup></b>

<b>Kinder-Sandalen</b> mit genähter Ledersohle 31/35 78.- 27/30 68.- 22/26 ... <b>58<sup>00</sup></b>	<b>Kinderstiefel</b> braun Glanzzieg., Derby 31/35 295.- 29/30 250.- 27/28 195.- 25/26 ... <b>185<sup>00</sup></b>	<b>Damen-Hausschuhe</b> Segeltuch mit Ledersohle und Lederleck. ... <b>45<sup>00</sup></b>
<b>Kinder-Stiefel</b> weiß, m. Ledersohle 25/26 42.50 23/24 38.50 20/22 32.50 18/20 ... <b>29<sup>00</sup></b>	<b>Kinderstiefel</b> schwarz Rindbox gute Qualität. ... Größe 27/28 ... <b>85<sup>00</sup></b>	<b>Kinderschuhe</b> mit genähter Ledersohle, verschiedene Größen ... durchweg <b>48<sup>00</sup></b>

# Holstenhaus

**Zylinderhüte**  
kauft zu höchsten Preisen.  
**Hut-Ziele**  
1804) Bahnhofsstr. 9.

**Erklärung.**  
Die von mir über den Lagerhalter Herrn Thomas Waif aufgestellten Behauptungen entbehren der Beweisgrundlage und nehme ich diese Behauptungen mit Bedauern zurück. (1801)  
Frau Hinz, Schwartau 9. 5. 22. Auguststr.

**Alle Maschinen, alte Maschinen**  
Dampf- u. Schmiedeeisen,  
Spinn-, Schmied-,  
Schraub-,  
Kupfer,  
Messing, Zink,  
Niel, Eisen,  
Späne  
**L. Lissianski, Lübeck.**  
Großhandl. Fernstr. 87a. Kleinhandl. (1798)

**Zauberschau**  
DIREKTOR **KASSNER**  
Jeden Donnerstag.  
**BALL.**

**Kranken- u. Sterbekasse gewerblicher Arbeiter.**  
Außerordentliche General-Versammlung am Donnerstag, dem 11. Mai abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

**Sozialdemokr. Verein**  
Ortsgruppe Schlutup. (1796)  
**Versammlung**  
am Donnerstag, dem 11. Mai abends 7 1/2 Uhr im Lokale Saborowski.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** (1811)  
Ortsverwaltung Lübeck.  
**Versammlung**  
der Hausdiener und Reinmachefrauen am Donnerstag, dem 11. Mai abends 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

**Zahn-Praxis**  
W. Rylewsky  
Breite Str. 7, Telephon 1253.  
Laboratorium sämtlicher zahntechn. Arbeiten, Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Reparatur, etc. Auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fertigbehandelt. (1788)

**Referentenführer.**  
Von Eduard David.  
Mik. 10. -  
Buchhandlung **St. Meyer & Co.**  
Johannisstraße.

**Stadttheater Lübeck**  
Mittwoch, 10. Mai, 7.30: Der Freischütz. (1798)  
Donnerst., 11. Mai, 7.30: Beatrice u. Benedit. Hierauf: Tanzballet. 88. Ab.-Vorst. Höchst. B.  
Freitag, 12. Mai, 7.30: Agnes Bernauer. 88. Ab.-Vorst. Höchst. B.  
Sonnab., 13. Mai, 7.30: Urknüttel. Die sieben Tüme. Solch tolle (Lübeck) von Groß Lübeck.

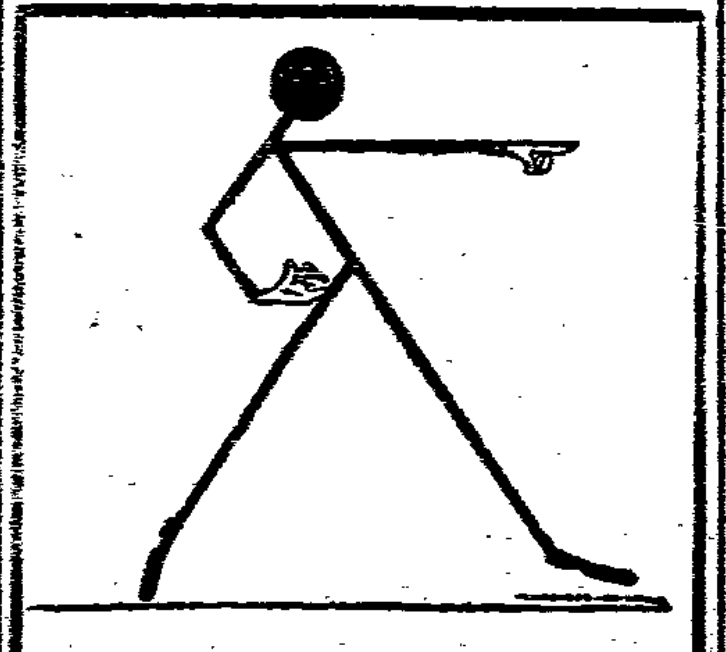
**Angerheit**  
Schöne volle Körperformen durch unser „Sage“ Kraut in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unerschütterlich. Kräftig empfohlen. Streng reell! Die 1. Parfümerie. Preis 1/2 Kiste mit Gebra.-Anw. Mk. 25.- Porto extra. (1786)

**Alleinige Niederlage:**  
**Adler-Apotheke,**  
Lübeck, Ob. Mönchstr. 10. (1786)

**Glas**  
Scheiben aller Art, Klt. Glaschneidermeisterleistungen etc. (1786)  
Oscar Tauschitz, Glashdl., Fleischhauerstr. 36 F. 2075

**Leder**  
Lederersatzstoffe Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten  
C. Grimm Nachf., Lederhandlung und Schäftefabrik. (1787)

**Unier Weg.**  
Erdbeer-Parfümerie & Parf.  
Fuchshandlung  
**St. Meyer & Co.**  
Schmiedestr. 45.



**Sie sollen mich kennen lernen und weiter von mir hören. Ich wohne**  
**50 Hüxstr. 50**  
Meine Telefon-Nr. ist **2873.**

**Adlershorst.** (1786) Jeden Donnerstag.  
**BALL.**

**Hotel Starke** Kaffeehaus  
Königstr. 25 Teleph. 8860  
Täglich von 10 Uhr früh: Frühg. Gebäk!  
Künstler-Konzert ab 4 1/2 Uhr nachm. (1792)  
Lieferung, auß. d. Hause f. schnellste Erledig.

**Blodengieserstraße 61.**  
Zahlerhöhte Tagespreise für  
Eisen, sämtliche Metalle,  
Papier, Flaschen, Zelle, Haare usw.  
Fr. Erdmann, Fernruf 2751. (1789)

**Brennmann's**  
Edelmetall-Anlaufstelle  
Lübeck-Rostock,  
Veddergrube **24**  
im Zigarrengeschäft  
kauft täglich zum höchsten Marktpreis  
**Gold-, Silber- u. Platin,**  
Ged. Dentur, Schmuckgegenstände aller Art.  
Bitte auf Firma und Hausnummer achten zu wollen. (1815)

**Strickfertige Gellfarben,** (1797)  
In. Feinschwarz, Lack, Farben, Leim,  
Pinsel usw. kaufen Sie immer am besten  
beim Fachmann direkt ab Fabriklager.  
**BIENSE & BERNDT,** Fachfabrik,  
Rohstr. Lübeck, Regimentsstr. 23, Fernruf 1612

## Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 10. Mai.

### Sozialdemokratischer Verein.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Dienstag wies leider nur einen mäßigen Besuch auf. Zu Beginn der Versammlung gedachte der Vorsitzende, Genosse P. Böwig, der in der letzten Zeit verstorbenen Genossen und verlas ein Schreiben der Arbeiter-Sport-Kartells, in dem um rege Anteilnahme an dem am 21. Juni stattfindenden Sporttag ersucht wird. Hierauf hielt Genosse Dr. Pletch einen interessanten Vortrag über sozialdemokratische Kulturforderungen.

In seinem Vortrage über die Kulturaufgaben der Sozialdemokratie behandelte Gen. Dr. Pletch vorzüglich das Problem der Volksbildung und der Arbeiterkultur; er konnte das Thema nach dieser Richtung um so mehr spezialisieren, als vor nicht langer Zeit Genosse Schermer die andere Hälfte des Kulturprogramms, die Schulfrage, in einem besonderen Referate behandelt hatte. Auch so blieb ja das Stoffgebiet, das zu beraten war, außerordentlich umfangreich.

Wenn heute die Kulturfrage des Sozialismus stärker als je in den Vordergrund gestellt wird, so hat das seinen guten Grund. Der neuere Sozialismus ist mit in erster Linie in seinem innersten Wesen eben Kultursozialismus; er hat sich das Ziel gesetzt, eine neue Kultur, eine im besten Sinne des Wortes genommene: Menschheitskultur zu schaffen. Die gleichzeitige Forderung aber ist eine Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens; beide Ziele, das kulturelle und das wirtschaftliche, gehen Hand in Hand miteinander, sie stehen in enger Wechselwirkung für die Verwirklichung des Sozialismus. Nur der sozialistische Mensch, der durch die kulturelle Bildung des Sozialismus geläutert Mensch wird den Sozialismus völlig zu verwirklichen imstande sein. Der wirtschaftliche Sozialismus aber muß diesem Kultursozialismus die Wege bahnen. Nicht nur die Erziehung und die im Menschen liegenden Kräfte, sondern auch die wirtschaftlichen Verhältnisse sind in hohem Maße bestimmend für die Entwicklung im Sinne der Bildung.

Der Dresdener Kulturtag der S. P. D. war ein machtvolles Wahrzeichen dafür, wie lebendig und kräftig in der Sozialdemokratie der Wille zur Kulturarbeit und das Verantwortlichkeitsgefühl im volksbildnerischen Sinne ist. Bildung wurde mit Recht als der individuelle Teil des Einzelnen an der Kultur der Gesamtheit definiert. Daraus ergibt sich, daß jede bewußte Bildungsarbeit Weltanschauungsarbeit sein muß. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Weltanschauungsgemeinschaften nach der politischen Umwälzung an den Volksstaat mit der Förderung der kulturellen Arbeit endlich als eine vollberechtigte öffentliche Angelegenheit anzuerkennen. Der katholischen Volksbildungsarbeit war ohnehin auch früher diese Anerkennung nicht verweigert worden. Wenn der Staat seine Pflicht, die kulturelle Arbeit der Weltanschauungsgemeinschaften zu fördern, anerkennt, so hält er damit nur lange Versäumtes nach. Noch aber befinden sich durchaus nicht alle Länder auf dieser Pflanz.

Der Referent behandelte nacheinander die Hauptzweige des öffentlichen Bildungswesens: die Volkshochschule und ihre noch nicht völlig gelösten Probleme, die Bibliotheksarbeit, die Volkstheaterinstitute, die Volkshäuser, das Volkstheaterwesen, die Bekämpfung des Schandens in Wort und Bild. Besonders die Volkshochschule, die Betriebskurse, die Bezirksbildungsarbeit, die Jugendpflege, das Bücherwesen und die Volkshäuser behandelte der Referent mit besonderer Berücksichtigung unserer Lübecker Verhältnisse eingehend; er zeigte die Schäden und das Verbesserungsbedürfnis und wies den Weg zu einer besseren Organisation einerseits und einer wieserhöhen Bildungsarbeit andererseits. Nur die Zusammenfassung aller Kräfte und die zweckmäßigste Verwendung der öffentlichen Mittel gewährleisten für die Zukunft die planmäßige Aufwärtsentwicklung unseres freien öffentlichen Bildungswesens, an dem sich vorzüglich auch unsere Jugend rege beteiligen möge.

Die Verhandlungen der Bürgerchaft über die Nachbewilligung geringerer Mittel für die Volkshochschule, die weiten rechtsstehenden Kreisen als ein Kind der Revolution ein Dorn im Auge sei, zu deren Abban man deshalb seit längerer Zeit Ministerarbeit treibe und andererseits die gleichzeitigen Verhandlungen über die Bewilligung von Mitteln für den Bestand des Theaters, das bekanntlich damals für die Volksbühnenarbeit herangezogen worden war, mükten auch den Begriffslukazipisten blühend die Augen öffnen. Der von sozialistischer und demokratischer Geistes getragenen Volksbildungsarbeit keinen Pfennig! Her mit dem nackten Gehäufstakter für den Umkleepöbel! Das waren die Devisen, die damals über den Verhandlungstisch standen. Zu spät erkannten die Kommunisten die wahren Triebkräfte der Rechtsparteien; sie hatten sich bereits festgelegt, und Arm in Arm mit ihnen versuchten sie, die Theatervorlage zu Fall zu bringen. Wir sind stolz darauf, daß wir als Kulturpartei auch in Sachen der Theatervorlage objektiv; wir taten damit nur unsere selbstverständliche Pflicht. Wir haben aber dabei keinen Zweifel daran gelassen, daß wir eine grundsätzliche Veränderung im Theaterwesen unserer Stadt zur Vorbedingung der Bewilligung der Mittel machten: nämlich die Volkshochschule der Kern des Theaters werden sollte. Das Theater der Arbeiter! Das Theater der Kunstgemeinde des Volkes! Das war und bleibt das Motto unserer Theaterforderung! Wer diesen Ruf nicht versteht oder versteht nicht, der hat keinen Platz im Theaterwesen unserer Stadt verdient. Wir fordern auch und fordern noch wie vor eine Anerkennung des Mitbestimmungsrechts der künstlerischen Kräfte des Theaters im Sinne bestmöglicher Hebung unseres Theaters und zur bestmöglichen Verwertung der vorhandenen Kräfte. Eine Auswirkung dieser Forderungen etwa dahin, daß anerkannt tüchtige und unerfahrenen wahrhafte Mitarbeiter dieser Vorstände für an zur Seite gebracht werden, machen wir nicht mit. Wir retten das Theater für Lübeck und wir lassen nicht mit uns feilschen über die Vorarbeiten, die wir damit verrichten!

Wir wollen ferner eine planmäßige Höherentwicklung unserer Bibliotheksarbeit in dem von uns in Linie auf der Bibliothek-Konferenz vorgeschlagenen und von der Konferenz beifällig angenommen Sinne. Die Rezipitierung der Kräfte muß den Verfall des freien Bildungswesens auch auf diesem Gebiete mit sich bringen. Die Arbeiterchaft kann und muß im Volksbunde verankern, daß ihrer Weltanschauung in der gemeinsamen Bildungsanstalt auch auf diesem Gebiete dasjenige Maß an Förderung zuteil wird, das ihrer Bedeutung für das Volksangebot entspricht. Sie verweist die Konsumenten an den Ungeheuer. Wo die Voraussetzungen des Arbeiterbildungswesens erfüllt sind, dessen sich die Ziele der Arbeiterchaft und einer verantwortungsbewußten Volksbildung. Eine Verwaltungszentralisation des Bücherwesens unserer Stadt ist eine bereits von der früheren Bücherei mehrfach erhobene Forderung, die jedesmal mit Zweidrittel-Mehrheit an den Senat herangezogen worden ist. Organisations-, bildungsrechtliche und ökonomische Gründe haben, wie die eingehaltenen Anstöße und Gutachten beweisen, auch in vielen anderen Städten zu dieser planmäßigen Organisationsform geführt. Hier wurden bisher gegen diese Forderung nicht unerhebliche Versögerungen angewendet. Wir haben indessen darüber keinen Zweifel aufkommen lassen, daß es uns auch mit dieser Forderung Ernst ist und daß wir im Interesse der weitesten Kreise eine Resttaatlösung und einen verwaltungsmäßigen Anschluß der hiesigen Bücherei an die Stadtbibliothek mit dem Rechnungsjahr 1922 durchzuführen werden. Die Frage, ob die Genossenschaftsbücherei, wie viele mit Recht wünschen, in die öffentliche Büchereierhaltung überführt werden wird, haben die Genossenschaftsbücherei und die Gemeindefunktion zu entscheiden. Auch hiergegen wurde in den „Lübeckischen Anzeiger“ Protest erhoben. Dieser Protest war berechtigt; die bürokratisch-ontsozialistische Einstellung dieser Herrschaften mittert in der Einbeziehung einer Genossenschaftsbücherei in die hiesige öffentliche Bücherei, die weit überwiegend aus den Töchen des steuerzahlenden Volkes erhalten wird, einen unerhörten Einbruch in ihre Freiheitsrechte. Unbetrübt von den Schwierigkeiten, die jahrelang der Ueberführung der Bücherei in die öffentliche Bibliothekverwaltung der Stadt gemacht wurden, sind stärker und stärker die Forderungen in dieser Hinsicht erhoben worden. Es steht, wie der Referent andeutete, zu erwarten, daß die stattgehabten Verhandlungen in kürzester

Zeit zum Ziele führen. Wir möchten dieser Erwartung des Referenten einfügen, daß ein weiteres Hinausschieben der Verhandlungen von uns nicht mitgemacht werden wird und zwar um so weniger, als schon bei der Gründung der Landeswanderbücherei, von deren kraftvollem Aufblühen der Referent ein erfreuliches Bild entwickeln konnte, die selbstverständliche Einbeziehung der Bücherei in die staatliche Büchereierhaltung gefordert worden ist.

In interessanter Verknüpfung der verschiedenen Zweige des freien Bildungswesens wies der Referent die Wechselwirkung und die engen Beziehungen nach, die zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen bestehen und forderte daher, daß auch in Lübeck, wie bereits in vielen anderen Städten als gleichwertige Säule des Bildungswesens, neben dem Schulwesen, ein Bildungsamt für das freie, nicht schulmäßige Bildungswesen geschaffen werde. Erst wenn die vielfach zerplitterten Kräfte des freien Bildungswesens unseres Stadtstaates zu einer festen Gemeinschaft zusammengeschlossen werden, können die Ziele der freien Bildungsarbeit erreicht werden. Beim Schulwesen haben wir diese Notwendigkeit längst erkannt, beim außer-schulmäßigen Bildungswesen sind wir wenigstens auf dem Wege dazu. Aus allen Ländern und Städten mit sozialistischer Mehrheit rufe man nach einer Schulsteuer, um den begabten Kindern minderbemittelter Eltern den Aufstieg zu ermöglichen. Es werde und müsse ein Weg gefunden werden, eine solche Schulsteuer einzuführen und zu einer Steuer für das gesamte Bildungswesen zu erweitern. In den angelsächsischen Ländern bestünden bekanntlich seit Jahrzehnten besondere Abgaben für Büchereizwecke. Und bei uns solle nach der Revolution eine Bildungssteuer unmöglich sein? Wenn auf beiden Gebieten, dem der Schule und des freien Bildungswesens, eine grundsätzliche neue Front geschaffen sei, werde der Weg frei für die von uns erstrebte Menschheitskultur.

In dem Vortrage schloß sich eine lebhaft ausgeführte Aussprache an, der sich die Genossen Krieger, Salamon, Heidmann, Gogowski, B. Böwig beteiligten. In der Debatte wurde mehrfach und entschieden betont, daß die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion mit der Annahme der Theatervorlage richtig gehandelt habe. Genosse Salamon hielt allerdings den Zuschuß für zu hoch und forderte in erster Linie Mittel für die Gesundheits- und sonstigen soziale Zwecke. Heute verlage infolge der steigenden Not die Erzieher der Arbeiter für wichtige Kulturforderungen. Demgegenüber kam allgemein zum Ausdruck, daß auch große Not uns nicht hindern dürfe, ideales Streben mit allen Mitteln zu unterstützen. Dieses soll uns gerade über die Mängel des Lebens hinweghelfen. Die Hauptsache sei, daß sich die Arbeiter für die Kulturgüter interessieren und verstehen lernen. Nutzen für sich herauszugreifen. Für soziale Zwecke habe die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion die Mittel nie verjagt.

### Zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Unter allen Infektionskrankheiten ist in Deutschland die Tuberkulose die gefährlichste. Nach Professor Dreß, Heidelberg, starben Jahr für Jahr über 100 000 Menschen an dieser Seuche. Daleinsfreude und Erwerbsfähigkeit werden außerordentlich dadurch herabgesetzt, denn gewöhnlich geht dem Tode ein Jahre währendes Stadium meist im besten produktiven Alter voraus und die Volkswirtschaft wird schwer belastet. Mit Recht werden daher immer aufs neue von den Parlamenten große Summen gefordert, zum Teil auch bewilligt, zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Man glaubt noch heute vielfach, daß die Tuberkulose von den Eltern auf die Kinder vererbbar ist, wie das bei den Geschlechtskrankheiten der Fall ist. Das ist nicht der Fall. Die Tuberkulose als Erkrankung kann nur auftreten, wenn im Leben außerhalb des mütterlichen Körpers Tuberkelbazillen aufgenommen sind, daß sie aber längst nicht in all diesen Fällen auszukommen braucht. Tuberkulose Eltern können ihren Kindern höchstens eine geschwächte Konstitution vererben, die die Kinder im späteren Leben in ihrer Widerstandsfähigkeit gegen eine Erkrankung an den aufgenommenen Tuberkelbazillen herabsetzt. Die Gelegenheit zur Infektion ist dabei immer das Entscheidende. Hier muß also die eigentliche Bekämpfung einlehen.

## Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17.

Von Henni Lehmann.

27. Fortsetzung

Benita lächelte froh. Frau Eils sagte ihr nichts Neues. Es sagten ihr das alle, nicht zum wenigsten ihr eigener Spiegel. Es war der ganze Glanz, die ganze Reinheit der ersten Mädchenjugend über ihr.

Sie gingen. Vor dem Eingang des Filmtheaters, den ein Kranz bunter Lampen umrahmte, drängten sich Frauen, halbwüchsige Knaben und Männer in feldgrauer Uniform, um eine Eintrittskarte zu erhalten. Frau Eils hatte ihre Karten schon in der Tasche, sie konnten sofort hineingehen.

„Wenn ich aber nun nicht mitgegangen wäre, was hätten Sie mit der zweiten Karte gemacht?“ fragte Benita erstaunt.

Frau Eils lächelte ein wenig. „Ich wüßte schon, daß du kommen würdest“, dachte sie. Laut aber sagte sie: „Dann hätte ich eben eine andere mitgenommen, vielleicht die Berta Red oder die Rawidi. Sie kommen alle gern.“

Als sie sich niederließen, war es noch hell. Die Bühne war durch einen Vorhang abzuschließen. Benita blühte sich in dem Raume, der sich rasch füllte, um. Die meisten kamen zu zweien, Mann und Frau, Mann und Mädchen in Pärchen. Doch manchmal kam auch ein Trupp Frauen, ein Trupp Männer einzeln. Sie saßen und sahen sich nach bekannten Gesichtern um oder nach solchen, die eine Bekanntschaft verlohnten.

Benita wunderte sich, daß sie selbst und Frau Eils an den besten Plätzen in den bequemsten Sigen saßen.

Frau Eils lächelte.

„Wenn schon, dann immer nobel“, sagte sie. „Was kann das Beste Leben nützen?“

Es war das eine leichtfertige Redensart, die damals überall im Schwange war und auch bis zu der Frau von Nummer 17 den Weg gefunden hatte.

Frau Eils war nicht die einzige, die sie in die Tat umsetzte.

Nun begannen an dem dunklen Vorhang leuchtende Buchstaben zu erscheinen, Inzerate, die auf Geschäfte, auf ein vornehmeres Restaurant aufmerksam machten. Dann zeigte sich der Titel des Stückes:

„Verbrechen und Liebesfreuden.“

Die Vorführung begann.

Sie wollen miteinander leben. Er weiß ein Mittel, ihnen zu helfen, er zeigt ihr den Schlüssel, den er nach einem Abbruch drüben bei dem reichen Bankherrn gefertigt hat. Sie soll ihm helfen, dann werden sie reich sein. Sie umschlangen einander lebensschäftlich.

Ein Text hatte, ehe die Bilder sich zeigten, den Hergang erläuterte. Nun gab es eine kurze Pause. Neben Benita hatte sich ein Herr niedergelassen, den sie von Ansehen kannte. Sie hatte ihn einmal in einem Laden getroffen.

„Der ist nun der reiche Mann in der Stadt“, hatte damals das Mädchen an der Ladenkasse, das Benita von der Mittelstufe her kannte, hinter dem Herri hergesagt, als er hinausging. „Der hat's im Kriege verdient, vorher war nicht viel mit ihm los. Ich weiß es, ich hab' da auf dem Kontor gearbeitet, aber dann bin ich fort.“ Er läßt die Mädchen nicht in Ruhe, besonders die ganz jungen.“ Er hatte eine Fabrik, die Kriegslieferungen machte; daran war er reich geworden. Man hatte ihn als unbeschämlich für die Fabrikation reklamiert, so war er nicht im Felde.

Er war nicht mehr ganz jung, mochte etwa vierzig Jahre zählen, stattlich und hochgewachsen. Er trug über starken roten Stutzen einen leeren schwarzen Schürrock. — Er begann eine Unterhaltung mit Benita: Ob dem Fräulein der Film gefalle? Die Schauspielerei in der Hauptrolle sei nicht schön genug, nicht mehr jung genug. Ja, wenn sie aussehe wie das gnädige Fräulein!

Benita wurde rot und heiß. Gnädiges Fräulein hatte sie noch nie zuvor jemand genannt.

Nun bemerkte der Herr Frau Eils.

„Sie, da sei er ja ganz zufällig neben Bekannte geraten. Frau Eils sei eine alte Freundin von ihm. Wie es ihr denn gehe? Ob das schöne Fräulein ihre Tochter sei?“

Frau Eils lächelte ein wenig.

„Wozu machst du so viele Nimmene?“ dachte sie. „Das tut bei dem kleinen Dummwetzchen nicht nötig.“

Dann nannte sie Benitas Namen.

Das Spiel begann aufs neue. Es zeigte ein schmelzendes Kausett im Hause des reichen Bankherrn. Als letzter Gast kommt das arme Fräulein, die ihn umfriedet.

Das Stück ging weiter, ein Einbruch, ein Schuß, die Entdeckung, eine tolle Flucht, die Jand nach dem Verbrechen. Der reiche Herr löst bräutlich zur Strafe, läßt sich aber durch die Ritten des Mädchens erweichen, er verzehrt. Er gibt selbst die Mittel, damit das Paar in einen fremden Erdteil gehen und dort glücklich sein kann. Es war ja nur ein Verbrechen aus Liebe.

Benita schwirte der Kopf, wie das alles so vor ihren Augen mit unmerklich schnellten Bewegungen sich abrollte, rannte, gestillte, stummerte. Die verlebendeten heißen Situationen verstand sie kaum, aber die große Hintertreppenzentromantik wirkte auf ihre ungekultivierte Phantasie und ihre Sinne.

Dann war das Spiel aus. Der Fabrikant fragte, ob die Damen ihm nicht beim Essen Gesellschaft leisten wollten? Er ging dazu noch in das benachbarte Restaurant, denn er sei ein einsamer Mann, der niemand zu Hause habe, der ihn recht versorge, wenn er einmal spät käme.

Seine junge feine Frau hatte sich von ihm scheiden lassen, weil es ihr eine Entwürdigung dünkte, den Mann ständig mit so vielen teilen zu müssen. Doch das wußte Benita nicht.

So gingen sie denn in das Restaurant. Der Fabrikant schien bekannt dort. Man führte sie in ein kleines Zimmer, in dem man sie allein ließ. Es wurde ihnen ein appetitliches Essen vorgesetzt, und für Benita kamen Süßigkeiten und Kompotts, die sonst in dieser Zeit der beginnenden Not schon äußerst knapp und selten waren. Dazu gab es einen leichten süßen Wein, der dem Mädchen zu Kopfe stieg, und danach einen prächtigen Schaumwein.

Benita floß das süßliche Blut wie ein glühender Strom durch die Adern.

Sie sprang auf, mußte Bewegung, mußte Taumel haben.

Sie begann sich im Tanze zu drehen, wie sie getanzt hatte vor Rose Eils Bett, wie sie einstmals vor Walter, in dem wilden, verwachsenen Garten am Wall zwischen den Stämmen im Mondschlein getanzt hatte. — Aber ihr Tanz war wilder als damals, es war, wie wenn eine züngelnde Flamme tanzt, die auflodern will zu großer, roter Glut.

Der Fabrikant sah das wunderbare Geschöpf mit gierigen Augen an. Er sah ihr noch einmal das Glas voll. Sie trank es, von der raschen Bewegung atemlos und durstend, in einem einzigen Zuge aus. Da ward ihr der Kopf seltsam schwer. Sie sank in einen weichen Sessel.

„Ob sie müde sei“, fragte der Fabrikant. Ob sie sich ausruhen wolle in einem schönen leichten Bett? Er habe ein solches bereitstellen. Er keine Freundinnen.“

Sie kehrte kaum, was er sagte, sie hörte nur, daß sie bald schlafen könne in einem leichten Bett. Das mußte schön sein. Sie nickte und wußte nicht mehr, was ihr geschah. — Da nahm er sie mit sich.

Frau Eils ging allein nach Hause, aber das wunderte sie nicht. So unvorsichtig hatte sie sich's gedacht, als sie an Benitas Tür geklopft hatte.

Frau Eils ging ruhig die Treppe hinauf und in ihre Stube. Keine unheimliche Augen waren nicht da, um sie nach der besten Freundin zu fragen, und auf die weiße Kasse, die ängstlich während die Treppe auf und ab hies, und ab und an, einen leichten flüchtigen Ton auslassend, durch die Gänge strich, achtere leiht nicht.

Es war ein verhältnismäßig saues Haus, in das die Frau und die Kinder von Wilhelm Harenhoff an einem Freitagstage gezogen waren. Es war ein Haus, das in Krähling lüdet.

(Fortsetzung folgt.)

Bisher wurden die aufgebrauchten Summen (1921 vom Reichs-

Durch die gesunde Haut und Schleimhaut vermögen Bazillen

Die wichtigste Eingangspforte für die Tuberkelbazillen in den

In allen diesen Fällen gilt also, die Exposition des Organismus

Wichtiger aber ist zweifellos das Bestreben, die Disposition

Der Unterernährung muß gesteuert werden durch billige

Die Verschickung des Steuerpflichtigen, vor dem Finanzamt zu

Die gestrauten Herren. Als besonders gefährliche Mai-

Neue Käse im Sommerfrühling. Im Jahresfrühling 1922/23

Verkehr von Südbad nach Norwegen. Im Verkehr zwischen

Hamburg. Generalversammlung der „Produktion“

Die Nordische Gesellschaft in Lübeck hat das letzte Heft der

st. Im Zentral-Theater in der Johannisstraße läuft eine

ph. Festgenommen wurde ein Schloßer aus Münsterberg,

ph. Ein Apfelbaum gestohlen. Einem in Brandenbaum wohn-

ph. Wegen Milchklahne wurde der Milchhändler Str. zur

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Am Donnerstag-Ab. wird zum letzten Mal

Sausa Theater. Am Dienstag, dem 16. Mai wird unter der

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Von der Flucht des Oberleutnants

Hamburg. Helbenmut deutscher nationaler Ju-

Hamburg. Generalversammlung der „Produktion“

gegen 1,3 Millionen hergestellt, die für die eigenen Bäckern ge-

Kriegsland i. Mecklba. Ein Raubmord wurde nachts

Bremen. Die Wahl der Delegierten zum Ge-

Aus der Partei.

Ausschluß aus der Partei. Auf einstimmigen Vorschlag der

Es geht vorwärts. Der sozialdemokratische Ver-

Das Bezirkssekretariat Kommerens der Sozial-

### Gewerkschaften.

#### 17. Tagung des Ausschusses des ADGB.

Zu Beginn der Sitzung des Bundesauschusses ehrte der

Sodann beschäftigte der Ausschuß sich mit dem Kampfe der

In seiner vorigen Tagung (28. und 29. März) hatte der Aus-

Ueber den vom Reichsgerichtsgerichtspräsidenten

Ministerium vorgelegte Referentenentwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes findet nicht die Zustimmung des Ausschusses des ADG. Der Entwurf will die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Sondergerichte beseitigen und Arbeitsgerichte bilden, die den Amtsgerichten angegliedert sind.

Zur Begründung dieser Umstellung wird angeführt, daß damit eine nicht nur von politischen Einflüssen freie, sondern auch eine sachkundige Geschäfts- und Prozeßleitung gesichert werde, daß auch die Eingliederung der neuen Arbeitsgerichte auf die ordentlichen Gerichte und ihre Rechtsprechung in sozialer Hinsicht einen überaus segensreichen und belebenden Einfluß ausüben und sie mit Verstandnis für soziale Fragen erfüllen werde. Auch finanzielle Gründe werden geltend gemacht.

Der Ausschuss stellt demgegenüber fest, daß die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sich im allgemeinen das volle Vertrauen aller beteiligten Kreise erworben haben. Er stellt weiter fest, daß eine Reform der ordentlichen Gerichte allerdings dringend geboten ist, legt aber entschieden Verwahrung dagegen ein, daß diese Reform mit der Auslieferung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an die ordentlichen Gerichte begonnen werden soll.

Auch den Grund, daß durch die notwendige Verallgemeinerung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte unerschwingliche Kosten entstehen, kann der Gewerkschaftsausschuss nicht gelten lassen. Schlichtungsordnung, Tarifgesetz und Arbeitsnachweisgesetz sehen ein dichtes Netz von Sozialbehörden vor. Mit diesen lassen sich die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ohne erhebliche Kosten verbinden.

Für unannehmbar erklärt der Ausschuss auch die geplante Zulassung der Rechtsanwältin zu den Arbeitsgerichten.

Die aus den Gewerkschaften eingegangenen Anträge zum Gewerkschafts-Kongress lagen dem Ausschuss im Abzug vor. Da es wegen der Menge der Anträge nicht möglich war, sie schon in dieser Sitzung mit der erforderlichen Gründlichkeit zu besprechen, verlagte der Ausschuss die Aussprache darüber bis zur nächsten Sitzung.

Genosse Leppert berichtete kurz über den Internationalen Gewerkschaftskongress. Der Bericht wurde von Genossin Hanna hinsichtlich der Verhandlungen über die Beziehungen zum Internationalen Arbeiterinnenbund und vom Genossen Hauelsen (Buchbinder und Papierarbeiter) über die Beratungen der internationalen Berufssekretäre ergänzt.

## Vierter Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Leipzig, 8. Mai,

K. R. Ms weitere deutsche Gäste sind Vertreter des Töpferverbandes und des Polierbundes eingetroffen; vom französischen Verband aus Elsass-Lothringen ein Begrüßungstelegramm. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielten ausländische Gäste — ein Franzose, zwei Engländer, ein Belgier, ein Russe — Begrüßungsreden in ihren Landessprachen. Als ein Grundton Klang aus diesen Reden, die in der Uebersetzung hellen Beifall auslösten, die Freude heraus darüber, daß der Tag der Verkündigung, der Tag des Sichwiederfindens unter den Arbeitern gekommen sei. Der russische Vertreter betonte die unzerstörbare Mächte der russischen Arbeiter, die von ihnen gewählte Sowjetregierung mit allen Mitteln zu stützen und zu schützen. Er sprach die Hoffnung aus auf einen doch noch kommenden gemeinsamen Klassenkampf der Arbeiter aller Länder in Einheitsfront mit den Russen. — Der Vertreter der schweizerischen Organisation berichtete von einer Verschmelzung maßgebender Schweizer Organisationen zu einem Einheitsverband, dem sich in Bälde auch der Holzarbeiterverband anschließen und der dann den Namen Bau- und Holzarbeiterverband führen wird. Der feste Kitt solle sein der Ausschluß aller parteipolitischen Auseinandersetzungen aus dem Gewerkschaftsleben. Der Vertreter der tschechoslowakischen Organisation führte aus, wie in der Tschechoslowakei, seitdem sie ein selbständiger Staat geworden, auch ein selbständiger Verband entstanden sei, und zwar ein Verband, der umschließen muß nicht nur die Tschechen, sondern auch die Slowaken, die Polen, die Magyaren und auch die Deutschen. Leider aber haben die Deutschen einen eigenen Verband gegründet. Der Redner wolle sich freuen, wenn von diesem Verbandstag auch ein Antrieb ausgehe für einen Arbeiter-Einheitsverband auch seines Landes — lechlich erfordere der Kampf den Zusammenschluß der Arbeiter nicht nur zu Industrierverbänden, sondern zu einem einheitlichen geschlossenen Arbeiterverband. — Eine Rede des holländischen Vertreters und eine Rede Kaufmanns von der Organisation der technischen Angestellten, der im Namen aller deutschen Gäste sprach und insbesondere gegenüber dem russischen Vertreter kurz die andersgerichtete Tendenz deutscher Gewerkschaften andeutete, sowie Dankesworte Silberstein's beschloßen diesen internationalen Gedankenaustausch.

In Wiederaufnahme der Vorstandsberichterstattung gab der Kassierer Robert ein Bild der Finanzgebarung, die das Prädikat „günstig“ nicht unbedingt verdient (des gesamten Verbandsvermögen betrug am Schlusse des vorigen Jahres 57 1/2 Millionen Mark), indessen, wenn der Verbandstag die Unterstützungslage im richtigen Verhältnis zu den Beiträgen belasse, könne der Verband mit seinen Mitteln den an ihn heranretenden Anforderungen genügen.

Aus dem Bericht Töpfers über die Streit- und Lohnbewegungen ist hervorzuheben eine Ausgabe von 36 1/2 Millionen Mark an Streikunterstützung in den beiden letzten Jahren. Natürlich seien auch Unzufriedenheiten über den Verlauf von

Lohnbewegungen nicht ausgeblieben. Indessen gelte es nicht, sich in harter Kritik über Zurückliegen des zu zerreiben, sondern vorwärtsblühend sich für neue Aufgaben zu stärken. Ein leiser Vorwurf sei auch dagegen zu erheben, daß man nur selten einmal sich ganz strikte an die Satzungsbestimmungen gehalten habe. Zu tabeln sei auch, daß es bei gewissen Bewegungen an der notwendigen innigen Fühlung und dem Zusammengehen zwischen den verschiedenen Organisationen gefehlt habe. Der Gewerkschaftsbund habe deshalb Richtlinien ausgearbeitet, die dem nächsten Gewerkschaftskongress vorgelegt, aber auch auf diesem Verbandstag noch besprochen werden. Zusammenfassend sei zu sagen: trotz aller Widerwärtigkeiten bei der Führung von Streiks und Lohnbewegungen in den letzten zwei Jahren sei im allgemeinen das möglich Gesehene erreicht worden. Größeres gegenseitiges Vertrauen unter den Kollegen — das würde den Lohnbewegungen zugute kommen.

## Die Ein- und Auswanderung der Ostjuden.

Für den letzten Sonntag hatten eine Anzahl antisemitischer Organisationen eine Versammlung gegen die Einwanderung der Ostjuden angelegt, bei der man unter sich — „Juden ist der Eintritt verboten“ kündet das Plakat an — wahrheitsmäßig über die ostjüdische Einwanderung nach Leibesträften entstrüht hat. Wie die Ankündigung weiter ergibt, will man namentlich an die Injunktive der Wohnungsuchenden appellieren und den Wohnungsmangel durch den angeblich ungeheuren Zustrom ostjüdischer Elemente erklären.

Angefaßt dieses Umstandes interessiert es vielleicht, über den tatsächlichen Umfang der ostjüdischen Einwanderung ein klares Bild zu gewinnen. Soeben ist dem Reichstag eine Denkschrift des Reichsministeriums des Innern über die Ein- und Auswanderung der Nachkriegszeit zugegangen. Diese Denkschrift kommt auf Grund sehr eingehenden Materials zu dem Ergebnis, daß der Ueberschuß der Einwanderung der Kriegs- und Nachkriegszeit über die Abwanderung rund eine Million Köpfe beträgt. Von dieser Million kommen aber auf die ostjüdische Einwanderung nur 50 000 bis 60 000 Köpfe, d. h. 5 bis 6 Proz. Über selbst diese Prozentzahl ist noch zu hoch, denn die Denkschrift kennt merkwürdigerweise nur Auslandsdeutsche, Elsass-Lothringern, Flüchtlinge aus den abgetretenen Gebieten, Deutschstämmige, Balten und — Ostjuden, während z. B. der Strom der russischen Einwanderung mit keiner Silbe erwähnt wird. Sicherlich aber ist die Zahl der Kernrussen, die vor dem Volkswind aus nach Deutschland geflohen sind, weit höher, als die Zahl der in Deutschland noch anässigen Ostjuden.

Was nun diese speziell anbelangt, so ist bemerkenswert, daß bereits eine sehr starke Rück- und Auswanderung eingeleitet hat. Die Denkschrift nimmt an, daß während des Krieges und in der Nachkriegszeit 100 000 bis 105 000 ostjüdische Arbeiter nach Deutschland eingewandert sind, davon sind — so drückt sich die Denkschrift aus — 30 000 während des Krieges „eingewandert“. Während des Krieges waren die Grenzen bekanntlich fest geschlossen. Diese 30 000 (die Zahl ist in Wirklichkeit zu niedrig) sind die von Lubendorff zwangsweise aus Polen importierten ostjüdischen Arbeiter.

Von der Gesamtzahl der Eingewanderten sind nun aber in der Nachkriegszeit bereits 47 000 wieder ausgewandert, meist nach Amerika. Es verbleiben danach etwa 55 000 ostjüdische Zuwanderer, die dank der Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes über die gesamten Industriegebiete Deutschlands verteilt sind, von denen also nur ein Bruchteil auf Berlin kommt.

Wenn die Deutschvölkischen aus Gründen der Wohnungsnot Ausweisung der Ausländer verlangen, so lassen sie ein gerade für sie sehr heißes Eisen an, denn die Zahl der in Berlin wohnenden russischen Monarchisten ist weit größer als die der Ostjuden. Daß zwischen jenen und den deutschen Monarchisten konspirative Fäden aller Art hin- und herlaufen, ist zur Genüge erwiesen. Würden die deutschen Reaktionäre mit ihrem Geschrei nach Massenabweisungen Erfolg haben, so wären ihre intimen Freunde aus Rußland die Hauptleidtragenden!

## Aus aller Welt.

Der Fall Gruppen ruft noch einmal wieder durch die Presse. Vor der Hirschberger Straßammer hatten die beiden Mitgefängenen Gruppen sich zu verantworten, die an der Flucht aus dem Gefängnis kurz vor Gruppen Selbstmord teilgenommen hatten. Vor Gericht erklärten die Angeklagten, unter Gruppen's Einfluß gestanden zu haben. Das Urteil des Gerichtshofes lautete gemäß dem Antrage des Staatsanwalts auf je sechs Monate Gefängnis.

Zum Tode verurteilt. Das Volksgesicht in Landskron verurteilte den Bauernhofbesitzer Mittermeier aus Thurnhemming wegen Mordes an seiner Ehefrau zum Tode und die Dienstmagd Anna Heitretter wegen Beihilfe zum Tode zu vier Jahren Zuchthaus. Der Bauer hatte mit der Magd ein Verhältnis unterhalten und aus diesem Grunde seine Frau ermordet.

Ein englischer Soldat in Oberhessen von Banditen erschossen. Ein in Antonienhütte zu Besuch weilender englischer Soldat ist von Banditen überfallen und erschossen worden. Einige der Tat verdächtige Personen sind verhaftet worden.

Eine aufsehenerregende Verhaftung. Aus Dresden wird gemeldet: Wegen maßloser Lizenzen wurde ein noch jugendliches Dienstmädchen Barwinsh von der Polizei festgenommen. Auch die Eltern des Mädchens wurden verhaftet. Die Barwinsh war bei einem Rechtsanwalt Dr. jur. Nieprajst in Stellung, der am Landgericht Dresden als Hilfsrichter tätig ist. Es besteht der dringende Verdacht, daß Dr. Nieprajst und seine Frau aus den planmäßig verübten Lizenzen des Mädchens Nutzen und Vorteil gezogen haben. Eine Hausdurchsuchung bei Dr. Nieprajst förderte eine große Anzahl von Sachen, die aus den Diebstählen herrühren sollten. Die Sachen wurden beschlagnahmt.

Der betrunkene Hühnerhof. Auf einer Farm in Connecticut hatte der Besitzer verbotenerweise Alkohol hergestellt; die Polizei hatte davon Wind bekommen und große Mengen Spirituosen unter die Kleie geflossen. Daraus hatten Truthähne, Gänse, Schafe, Ziegen, Kühe, Schweine und selbst die kleinen Küchlein genascht, und man erlebte das seltsame Schauspiel, daß der ganze Viehbestand einen mächtigen Anfaß bekam. Die Tiere taumelten hin und her, wie es auch die Menschen im gleichen Fall zu tun pflegen, und fielen schließlich schwer betrunken nieder. Ein Augenzeuge weiß zu berichten eine Herde Gänse habe in diesem Zustand einen Zentralangriff gegen einige Schweine unternommen. Von den sehr wertvollen Tieren ist eine ganze Anzahl eingegangen, während man ihren Besitzer wegen verbotener Alkoholverbreitung verhaftet hat.

## Sport.

Der Arbeiter Turn- und Sport-Verein zu Lübeck weist darauf hin, daß am kommenden Sonntag, dem 14. 5. 22, nachmittags 2 Uhr erstmalig hier in Lübeck, Hauptturnhalle, Mühlenstraße, ein Kunstturnen der Bezirke Hamburg, Kiel und Lübeck stattfindet. Da dieses Kunstturnen in Form von Mannschaftskämpfen ausgetragen wird und die jeweils erreichten Punkte der einzelnen Mannschaften fortlaufend auf einer aushängenden Tafel bekannt gemacht werden, dürfte dieses Kunstturnen ganz besonders interessant für die Zuschauer wirken. Dem Kunstturnen anschließend findet sodann eine Vereinstour nach Seerich statt, um den dort neugegründeten Verein durch turnerische Aufführungen zu unterstützen.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

### Filmpropaganda.

Als aus anderen Teilen des republikanischen Deutschlands Stimmen laut wurden über die Tendenz des „Friedericus Rex“-Films, da wurden hier Menschenherzen gehört, daß man uns in Lübeck wohl mit derartigen Sachen versehen möchte. Aber vorbei geraten. Ab 9. Juni werden wir das Vergnügen haben, gegen ein ganz nettes Eintrittsgeld auch diese Geschichte sich hier abzusehen zu lassen. Damit wir uns aber an diese Kost gewöhnen, legt man uns vorläufig erst den Liebesroman einer Kaiserin vor. Uebrigens keine Glanzleistung der Filmindustrie, denn was Aufführung und Aufnahme anbelangt, so sieht man sie in den meisten Ereignissen gleicher Richtung oft bedeutend besser. Beide Veranstalter kommen aber auf ihre Kosten. Der Kinobesitzer und Filmfabrikant ganz, die monarchistischen Parteien aber wohl nur zum Teil. Für manche Monarchisten ist die ganze Sache einfach ein Skandal, weil die meisten dieser Aboluit in sehr lebhaftem Maße. Aber schon ein Blick von unserer neuen Zeit angefränkelt ist, der im letzten Schritt und wird Republikaner. Aus Ueberzeugung. Einigen drängt sich auch unwillkürlich der Gedanke auf, daß wie diese Geschichte 50 Jahre zu spät los geworden sind. Der Inhalt des ganzen Stückes ist leicht bis ins h; als Ereignis kann höchstens gedacht werden, daß eine Kaiserin als Zirkusdame auftritt. Dieses Bild ist immerhin ein Genus in einer Art, in der Handwerksgehilfen aus zum Minister bringen können. Das Ganze ist nichts als ein Spektakelstück. Und darauf kommt es an. Der Zweck der ganzen Werbung aber ist der, Stimmung zu machen für ein längst überlebtes System. Daß nebenbei der Gedanke der Unternehmung nicht zu kurz kommt, bedarf keiner Erwähnung. Wir verlieren trotzdem den Mut nicht, laßt ruhig den „Friedericus Rex“ laufen, einigen wird doch dieser Aufbaumagistrat die Augen öffnen und diese wenigen Genügen uns vorläufig. Die große Masse will wie im alten Rom „Brot und Spiele“. Und damit ihr ihnen einen Tag kein Brot mehr gehen, dann wollen sie auch eure Spiele nicht mehr. R.

## Jede Dame liebt

das rosigen, jugendlichen Antlitz u. blendend schön. Teint. Alles dies erzeugt die echte

Stechenpferd-Seife

die beste Litteralmilchheit von Karmann & Co., Aschendorf.

(1784)

## Die Wohlthätigkeitsverlosung

der Sünderer Altershilfe

verschoben auf den 15. Mai 1922.

Lose sind noch zu haben in den bekannten Verkaufsstellen. (1799)

## Druckerei Bekleidungsarbeiter-Verband

Sitzale Lübeck.

Am 8. Mai starb unser langjähriger, treuer Kollege, der Schneider

**Wilhelm Wio.**

Seine letzten Andenken.

Beerdigung am Freitag, den 12. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof.

Sammeln der Mitglieder beim „Feldtrug“.

(1810)

Die Ortsverwaltung.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für unser Smaltermerk

**ältere, eingearbeitete Grund- sowie Fertigausträger und Brenner.**

Zugerdem für unsere Plantererei mehrere ältere, eingearbeitete Bankarbeiter.

**Stanz- u. Emallerwerke**

vormals Carl Thiel & Söhne, 1817 Aktien-Gesellschaft, Lübeck.

## Zimmer

teuer oder möbliert, für Herrn, eventl. mit etwas Küchenbenutzung sofort oder später zu mieten gesucht. Angeb. unter

**A 148** an die Exp. d. Bl.

(1806)

Zimmer mit 2 Betten zu vermieten.

Attendorferstr. 60, 1.

Allen denen, die unserer lieben Tochter die letzte Ehre erweisen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmücken, insbesondere dem Chef sind dem Personal der Firma **A. C. Wih. Meyer**, Herrn Hauptplat. Reimvel für seine trostreichen Worte am Grabe unsern innigsten Dank.

(1810) Familie Wulf.

Am 8. d. Mts. starb nach langem Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- u. Großmutter

(1812)

**Luise Vogt**

verw. Johannsen im 68. Lebensjahre, tief betrauert von ihren Kindern

**Geschwister Johannes.**

Trauerfeier Freitag nachm. 8 1/2 Uhr Kapelle Vorwerker Friedhof.

Gef. f. Mitte Juni f. d. Ferickolonie Travemünde eine ältere Köchin oder Frau und ein Mädchen für alle vorkomm. Arbeiten. Näher. Breite Straße 22, von 9 bis 11 Uhr. (1800)

**Kl. Klapplinderwagen** zu verkaufen.

(1809) Bercevalstr. 47, III.

**Herrn-Fahrrad** billig zu verkaufen. (1808) Dannebergstr. 17a.

Nach langer schwerer Krankheit ent- schied Sonntag unsere liebe Mutter

**Katharine Dunkelgut**

im 68. Lebensjahre. Auf's tiefste betrauert von allen Angehörigen.

Lübeck, Ritterstr. 12.

Beerdigung am Freitag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Rüdiger Friedhof. (1803)

Großer oder klein. Kindewagen gesucht. (1816) Ang. u. A 149 a. b. Erd

Montag Verkauft von Loren von der L. M. G. Schmalde, Grunhale. Geh. Del. obag. Wäckerstraße 6a. I. (1795)

**H. Köhner** Uhrmacher

u. Reparatuerwerk. (1804) Johannisstr. 46.

**Chorverein Lübeck.**

Am Montag, dem 8. Mai starb unser langjähriger Mitglied, der Schneider

**Wilhelm Wio.**

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Beerdigung Freitag nachm. 3 1/2 Uhr Vorwerker Friedhof.

Der Vorstand.

**Charleville.**

Dunkle Punkte aus dem Stappenloben.

Von Dr. W. Appens.

Mk. 2.50

Buchhandlung **Fr. Meyer & Co.** Johannisstr. 46.



**Sut-Liebe**  
Spezial- und Separat-  
manier für  
Sut-Liebe  
(1645)

**Klassenkämpfe**  
im  
alten Braunschweig.  
Soziale Bilder aus Braunschweigs Vergangenheit.  
Von Karl Zwing.  
Mk. 2.—  
Buchhandlung **Fr. Meyer & Co.** Johannisstr. 46.

**Hotels, Restaurants, Cafes, Pensionen**

**Hotel Viktoria** Fernruf 452. Gegenüber dem Bahnhof.

**Hotel International** Neues Haus am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

**Hotel Stadt Hamburg** Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

**Gewerkschaftshaus** Johannstraße. Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

**C. Hanschens Restaurant**, F. 8636. Weiter Krambuden 7. Tägl. musikalische Unterhaltung. Mittagstisch 12-2. Abendstisch 6-9. Fremdenzimmer.

**Restaurant und Café zum Deutschen Kaiser**, Inh. Aug. Brück Wwa. Königstraße 41. Fernsprecher 581. Gute Küche. Sträßbahnlinie 8.

**Theater-Restaurant u. Café** Fünfhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagstisch.

**Bodega Weinstuben**, F. 8986. Fleischhauerstraße 14. Inh. H. Giesenberg. Gemütlich. Aulenthall.

**Rathaushalle** Tägl. von 5-1 Uhr Künstlerkonzert. Billards. W. Bruhn.

**Stadthallen — Weißer Saal** Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen. Anfang 5 Uhr. F. Lantau.

**Stadt-Café** Holstenstraße 17. Täglich Künstler-Konzert. Paul Ferck.

**Café Viktoria** Täglich Konzert. Mühlenbrücke 1.

**„Opera“** 8 Uhr, abends.

**Café Roland** Tägl. Künstler-Konzert

**Café Bernhardt** Fackenburg Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

**Hansa-Café** Inh. G. Spieker Wwa. Vornehmes Familien-Café. Künstler-Konzert.

**Neues Lichtspiel-Theater** Fernruf 8698. Breite Straße 18. Erste und vornehmste Lichtbildbühne. Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem nur die ausserwähltesten Programme. Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

**Tusculum** Fischstraße 4. Bar m. Weinstuben. Dezent Musik.

**Gerhard Tschorn** Speisekasino. Johannstr. 3

**Julius Stammer** Konditorei — Kaffee. Lindenstraße 1b.

**Hodermanns Konditorei** Täglich Konzert.

**Uhren, Goldwaren und Musik**

**C. Porté** Goldschmiedemeister. Fabrikation u. Verkauf jugendlicher Trauringe. Fleischhauerstr. 26, Breite Str. 28.

**Ludwig Zander** Juwelier u. Goldschmied. Fernruf 5706. Mariesgrube 3.

**Lorenz Behnfeld** Goldschmied. Uhren, Goldwaren, Reparaturwerkstatt.

**Rudolph Wiese** Goldschmied. Breite Straße 48. Gold-, Silberwaren. Versilb., Alpaca-, Nickelwaren.

**Hallers Musikhaus** Lübeck. Markt 3.

**Meyer & Eggert** Fernruf 2426. Königstraße 116. Musikinstrumente.

**Musikhaus Fr. Dietrich & Co.** Musikinstrumente. Besondere. Noten jeglicher Art. Seiten. Beckergrube 27.

**Musik** Instrumente, Lauten, Gitarren, Mandolinen usw. Ernst Robert. Breite Straße 29. Fernr. 8750.

**Geschäftliche Rundschau** und **Zeitungs-Dauer-Fahrplan**

**Ehlers & Reetwisch** St. Petri 2/4. Holstenstraße 1. Das Haus der guten Qualitäten. Manufaktur. Kollektion. Schuhwaren.

**Café „Nirwana“** Fernruf 8529, Mühlenstraße 46.

**Trocadero** Fernruf 787. Schüsselbuden 4. Täglich ab 8 Uhr. Weber-Konzerte. Sonntags 5 Uhr.

**Fledermaus** Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung und Tanz. I. Etage! Schenswerte Bar. Stimmung. Humor.

**U Lichtspiele.** Fünfhausen 17/19, im Hause der Fledermaus. Jeden Dienstag neues spannendes Programm. Anfang 5 Uhr. Sonntag 4 Uhr. Letzte Abendvorstellung 8 Uhr.

**Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebensmittel?** Bei Paul Darmester Jr., Holstenstraße 24.

**E. Hardt, Mechanische Strickerei** Lübeck, Fischergrube 60

**Schuhwarenhaus W. Blumenthal** Kohlmarkt 1. Sandstraße 2-4.

**Uhren-Voss** Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8998.

**Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.**

Hamburg				Büchen				Eutin				Travemünde			
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Hamburg	Lübeck	Büchen	Lübeck	Hamburg	Lübeck	Eutin	Lübeck	Travemünde	Hamburg	Lübeck	Travemünde	Hamburg
6:00	7:45	8:00	7:00	8:00	9:15	8:00	7:45	7:15	8:15	8:15	7:22	5:27W	6:01	—	6:22
7:47	9:21	2-4	2-4	1:30	2:47	11:45	1:00	9:47	10:45	8:35	9:15	8:15W	9:00	—	—
9:30	10:50	2-4	2-4	4:15	—	8:45	1:20	12:15	1:09	12:24	1:21	9:45S	10:20	—	10:42
11:00	12:25	8:00	D 9:21	5:30	6:52	3:27	4:42	1:45	D 2:25	2:53	3:58	2:07	2:47	—	3:15
1:20	2:55	8:40	D 9:57	9:15	10:34	7:22	8:40	2:00	2:55	3:25	D 4:12	3:15W	4:00	—	4:22
3:44	5:08	10:17	11:54	10:15	11:34	7:22	8:40	2:20	2:55	3:25	D 4:12	4:00	4:40	—	5:02
4:17	5:40	12:28	1:05	11:45	1:04	7:22	8:40	2:40	3:15	3:45	D 4:32	4:40	5:20	—	5:42
7:10D	8:30	2-4	2-4	7:15	8:35	5:50	7:35	3:00	3:45	4:15	5:00	5:00	5:40	—	6:02
7:20	8:40	5:15	6:57	9:20	D 10:25	9:22	10:57	3:15	4:00	4:30	5:15	5:15	5:55	—	6:17
8:10D	9:34	7:30	9:10	9:40	D 10:41	1:04	3:35	3:30	4:15	4:45	5:30	5:30	6:10	—	6:32
9:05S	10:25	9:35	10:55	12:20	1:44	—	D 7:10	2:10	3:00	3:30	4:15	4:15	4:55	—	5:17
9:30	11:00	11:45	1:05	5:15	7:05	7:05	D 8:05	2:30	3:15	3:45	4:30	4:30	5:10	—	5:32
2-4	2-4	2-4	2-4	9:15	10:35	7:25	9:05	2:45	3:30	4:00	4:45	4:45	5:25	—	5:47

**Kleinen**

Lübeck	ikim	Lübeck
7:15	8:35	5:50
9:20	D 10:25	9:22
9:40	D 10:41	1:04
12:20	1:44	—
5:15	7:05	7:05
9:15	10:35	7:25

**Segeberg**

Lübeck	Segeberg	Lübeck
8:00	10:02	5:45
9:00	10:50	10:52
2:10	3:00	10:57
2:30	3:15	4:15
2:45	3:30	4:30

W — Wochentags.  
S — Sonntags.  
D — D-Zug.  
(Ohne Gewähr).

**Markmann & Meyer** Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe. Markthalleingang Breite Straße.

**H. E. Koch Möbelhäuser** Ausstellungsräume. — Fernruf 1030. Mariesgrube 45, 40. Inh.: Carl Peters & Rudolf Neels.

**Georg Petersen** Hüfstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

**Walter Büttner** Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und Metalle en gros.

**Auto-Eschen** Fernruf 1894.

**Camphausen & Co.** Kraftfahrzeuge.

**Posselt's Kohlenhandel** Abteilung Beckergrube. Abteilung Mühlenstr. 40. Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8723. Koks - Kohlen - Briketts.

**Max Boye** Holz-, Kohlen- und Holz-kohlen-Lager. Täglicher Platzverkehr: Fackelnstraße. Telefon 8441.

**Adolf Borgfeld, Lübeck** Inhaber Hermann Kuhl. Oden, Herde, Grudeherde, Gaskocher. Größte Auswahl bei günstigsten Preisen.

**Spanelli** Milch-Schokolade Schweizer Art.

**Lebensmittel und Drogen**

**L. Roeper** Fernruf 8915. Königstr. 76. Kaffee-Größterei und Kolonialwaren.

Reserviert für **J. G. Niederegger** Marzipan.

**Dampfbäckerei „Hansa“ Lübeck** J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

**Hansa-Melerei** Fackenburg Allee 59a und b. Fernruf 281/557.

**Rostocker Butterhandlung** Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergrube 9.

**Th. Storm Nachf. Inh. Chr. Stakebeck** Fernruf 478. Königstraße 98. Spezial-Butter- und Margarinehandlung. Groß- und Kleinhandel.

**Aland Bod- u. Bierwurst.**

**Erich Helm** Wurstfabrik. Fleischhauerstraße 54.

**Ahrbergs Bockwurst u. Würstchen** W. Sander. Fernruf 8121. Markt 8.

**Fischversandhaus „Möwe“** Alfr. Beßmann & Co., Lübeck. Fernruf 1852. Kl. Burgstraße 6. Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großh. i. Fischkons.

**Heinrich Prümm** Fernruf 651. Wahnstr. 21. Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

**Ludw. Buch** Fernruf 8784. Breite Straße 86. Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

**C. Klein** Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4. Delikatessen — Feinwaren.

**Johannes Hanssen** Balauerlohr 17. Kolonialwaren — Feinwaren.

Reserviert für **Janssen Delikatessen** Beckergrube 7.

**Spehmann & Fischer** Kartoffeln, Frucht, Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59.

**Fr. R. Mouß** Günstiger Einkauf von Lebensmitteln. Alfstraße 25

**C. F. Alm** Holstenstraße 12. Fernruf 800. Farben, Drogen, Chemikalien.

**Diana-Drogerie** Paul Stammer. F. 8644. Glandorpstr. 1. Farben, Verbandstoffe, Toiletteart.

**Ferd. Kayser** Drogerie. Breite Straße 81.

**Bruno Soltmann** Fleischhauerstr. 81. Konditorei u. Kuchenbäckerei.

**Lübecker Central-Drogerie** R. Spangenberg, Lindenstraße 20/22.

**Ernst Vob.** Große Burgstraße 59. Kolonialwaren. Spirituosen.

**Fr. Weingärtner Nachf.** Johannstr. 8. Kontinent. Delikatessen

**Ed. Teuteberg** Lederhandlung. Untertrave 67.

**Auguste Popp** Schuhwarenhaus. Erstklassige Fabrikate. Führende Marken.

**Friedrich Baurenfeld** Schuhwaren. Fernruf 1865. Mühlenstraße 84.

**Wilh. Ewert** Schuhwaren. Untertrave 8. Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

**Chr. Reblen** Schwöbekenquerstraße 25. Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstätte.

**Karl Brandt** Schuhwaren. Maßgeschäft. Reparaturwerkstätte. Balauerlohr 4.

**B. Brünner** Fünfhausen 7. Schuhreparaturwerkstätte. Maßanfertigung.

**Carl Hans Kühl** Fernruf 2988. Mühlenstraße 42. Leder- und Schuhmacherbedarfartikel-Handlung.

**Alexander Krock** Königstr. 47. b.d. Johannistr. Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln.

**F. Fränkel** Breite Straße 85 und Holstenstraße 4. Billigste Bezugsquelle in echten Lederwaren, Koffern und Reiseartikeln.